

Gemeinderat Adliswil

Protokoll der 6. Plenumsitzung vom 8. Dezember 2010

19.00 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

Anwesend

Ratspräsident Thomas Fässler

33 Ratsmitglieder

Ratssekretärin Ida Hofstetter

Protokoll

Ratsweibelin Lydia Schumacher

entschuldigt

zwei Ratsmitglieder

Präsenz der Exekutivbehörde

Stadtrat

Harald Huber

Stadtpräsident

Didier Falbriard

Sicherheit und Gesundheit

Stephan Herzog

Jugend und Sport

Astrid Romer Schneiter

Bau und Planung

Susy Senn

Soziales

Patrick Stutz

Werkbetriebe

Stadtschreiber

Alexandre von Rohr

Schulpflege

Rita Rapold

Schulpräsidentin

1. Mitteilungen

2. Ersatzwahl der zweiten Sekretärin/des zweiten Sekretärs des Gemeinderates für den Rest der Amtsdauer 2010 - 2014

3. Ersatzwahl eines RGPK-Mitgliedes für den Rest der Amtsdauer 2010 - 2014

4. Ersatzwahl eines VKE-Mitgliedes für den Rest der Amtsdauer 2010 - 2014

5. Finanzplan 2010 - 2014 (SRB 239/10)

Beratung und Kenntnisnahme

6. Budget 2011 (SRB 240/10)

Anträge des Stadtrates auf Genehmigung des ordentlichen Budgets und der Globalbudgets 2011 sowie des Gemeindesteuerfusses

Dieses Traktandum gilt auch als allgemeine Fragestunde.

7. Globalbudget-Motionen

zwei Globalbudget-Motionen von der Sachkommission und fünf von den Fraktionen FDP-EVP, FW und SVP

8. Öffentliche Ordnung

Interpellation von Sait Acar und vier Mitunterzeichneten betr. öffentliche Ordnung, Begründung

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor:

Karin Hug, krank und Thomas Iseli, Ferien.

1.2 Dank an Blumen Tanner

Max Tanner hat auch für die diesjährige Dezembersitzung ein sehr schönes Adventsarrangement zur Verfügung gestellt. Der Ratspräsident dankt Herrn Tanner herzlich im Namen des Gemeinderates.

1.3 Zwei neue Ratsmitglieder

Der Ratspräsident heisst Erwin Lauper als Nachfolger von Bernd Riesen und Ruedi Bräuer als Nachfolger von Max Stenz im Rat herzlich willkommen und wünscht ihnen alles Gute und viel Freude bei der parlamentarischen Arbeit.

1.4 Rücktritt von Rita Schmid Göldi

Wie bereits an der letzten Ratssitzung erwähnt, hat Rita Schmid per Ende Jahr aus persönlichen und beruflichen Gründen den Rücktritt eingereicht. Rita Schmid ist insgesamt rund 13 Jahre Mitglied des Gemeinderates, vom April 1994 - Mai 1998 und vom Januar 2002 bis jetzt. In verschiedenen Funktionen war sie vier Jahre Mitglied des Büros und vom Februar 2005 bis jetzt Mitglied der RGPK. Rita Schmid hat auch mit parlamentarischen Vorstössen und kämpferischen Voten die Adliswiler Politik mitgestaltet.

Im Namen des Gemeinderates dankt der Ratspräsident Rita Schmid sehr herzlich für ihr langes und engagiertes Mitwirken im Rat. Er wünscht ihr für die Zukunft alles Gute und überreicht ihr das Abschiedsgeschenk und die Urkunde.

Carmen Marty Fässler:

Im Namen der SP-Fraktion möchte ich dir ganz herzlich danken für deine Arbeit im Gemeinderat und bei uns in der Fraktion. Lange Zeit hast du dich für die Bevölkerung von Adliswil eingesetzt. In den letzten Jahren hast du stark engagiert politisiert und dich vor allem bei den Themen Soziales, Wirtschaft und Schule eingebracht. Dein grosses Engagement – sei es beim Öffentlichen Verkehr, z. B. Sonnenbergbuslinie, bei Schulanliegen, z. B. bezüglich Neubau von Schulhäusern gemäss heutigen Richtlinien, oder auch bei Altersfragen – hat viele neue Ideen und spannende Diskussionen der SP-Fraktion gebracht. Zudem hast du mit viel Einsatz als Mitglied zuerst im Büro und dann in der RGPK mitgearbeitet. Deine Art hat uns sehr gefallen: Du hast direkt gesagt, was du denkst und auch häufig ganz neue Denkanstösse mit eingebracht. Gerne überreiche ich dir nun eine Rose, welche ein Zeichen un-

serer Dankbarkeit ist. Natürlich werden wir dich dann noch an unserem fraktions-internen Essen feiern. Alles Gute für dich.

Rita Schmid:

Vielen Dank für die freundlichen Worte. Ein Hauch von Melancholie erfüllt mich auch, denn es ist ein Abschied von einer 13-jährigen Parlamentsarbeit. Ich bedanke mich bei Ihnen allen und auch bei den Vorgängerinnen und Vorgängern und den Wählerinnen und Wählern, dass ich in einer solchen Behörde mitarbeiten konnte. Ein solches Engagement bietet die Chance, sehr viel zu lernen: Eigene Standpunkte immer wieder zu hinterfragen, Ideen von anderen aufzunehmen und zu prüfen, ob sie einem lösungsorientierten Vorgehen dienen. Ich bin überzeugt, dass wir in der Schweiz auch auf Gemeindeebene wunderbare Institutionen haben, die sich seit vielen Jahrzehnten bewährt haben. Diese Institutionen leben davon, dass sich Leute für sie einsetzen. Das war immer mein Antrieb, dass ein System, wie wir es haben, nur leben und Bestand haben kann, wenn sich Leute dafür einsetzen. Dass ich dies tun konnte, dafür danke ich nochmals allen herzlich.

1.5 Feststellung der Rechtskraft von Beschlüssen des Gemeinderates

Die Beschlüsse des Gemeinderates von den Sitzungen vom 6. Oktober und 3. November 2010 haben Rechtskraft erlangt.

1.6 Überweisung an die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

Am 10. November wurde überwiesen:

Anträge des Stadtrates auf

- Genehmigung der Änderungen in der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Adliswil vom 2. März 1997 gemäss Ziff. IV der beiliegenden Weisung
- Verabschiedung der beiliegenden „Weisung zur Urnenabstimmung vom 3. April 2011 - Für die Übertragung der Zuständigkeit zur Erteilung des Bürgerrechts an eine Bürgerrechtskommission - Änderung der Gemeindeordnung“ z. H. der Urnenabstimmung vom 3. April 2011

Am 25. November 2010:

Anträge des Stadtrates auf

- Festsetzung der Einbürgerungsgebühr für Bewerberinnen und Bewerber ohne Anspruch auf Einbürgerung auf 1'500 Franken
- Anpassung der Verordnung über die Erteilung des Bürgerrechts der Stadt Adliswil (Bürgerrechtsverordnung) vom 3. Februar 1993

Antrag des Stadtrates auf

- Erheblicherklärung der Motion zur Integration der Schule in den Stadtrat

Anträge des Stadtrates auf

- Aufhebung der Zustimmung des Gemeinderates vom 2.11.2005 für die Kreditbewilligung von insgesamt 325'000 Franken für die Erstellung eines neuen, linksseitigen Fusswegs mit Beleuchtung
- Abschreibung der Motion von Fredi Morf

Antrag der Pensionskassenkommission und Empfehlung des Stadtrates:

- Genehmigung der Revision des Pensionskassenreglements 1.7.2011
- Genehmigung der Übergangsbestimmungen betr. Umwandlungssatzes, gemäss Art. 4 Abs. 15 des Pensionskassenreglementes → diese Überweisung ersetzt diejenige vom 6. Oktober 2010

Anträge des Stadtrates auf

- Erheblicherklärung der Motion „Zusammenlegung der der bisher getrennt geführten Liegenschaftenabteilungen von Stadt und Schule“
- Zusammenführung der beiden Liegenschaften so rasch als möglich

1.7 Pendente Vorstösse – Fristverlängerungen

Am 23.1.2008 hat das Büro für Bericht und Antrag des Stadtrates auf das Postulat von Ursula Rütimann und acht Mitunterzeichneten vom 15. Januar 2003 betr. Abgabe von stadteigenem Bauland im Entwicklungsgebiet Lebern-Moos an Wohnbauträger mit der Auflage, sozialen Wohnungsbau und familienfreundlichen Wohnraum zu fördern, einen Antrag für eine fünfte Fristverlängerung bis 13.12.2010 gutgeheissen. Mit Beschluss vom 8.12.2010 hat das Büro eine sechste Fristverlängerung abgelehnt.

1.8 Mitteilungen aus dem Stadtrat

Gemäss Mitteilung des Stadtrates wird die pendente Frage aus der Oktober-Sitzung von Daniel Aebli betreffend Fahrradkontrollen am Sihlufenerweg nicht mündlich, sondern schriftlich beantwortet.

Stadtrat Patrick Stutz betreffend Litter-Club:

Am 30. November 2010 wurde der „Litter-Club Adliswil“ gegründet. Das ist ein gemeinnütziger Verein mit dem Zweck, Adliswil von Littering frei zu halten. Es ist ein exklusiver Verein, deren Mitglieder einen tiefen Sinn in der Abfallentsorgung sehen. Der Verein soll ein Vorbild sein, der nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten vorgeht, und zwar nach dem Motto „Litter entsorgen befreit“. Litter entfernen schafft Freude, Ordnung und Sicherheit und verschönert Adliswil mit dem Ziel: Adliswil - die litterfreie Stadt. Der Verein möchte aber auch sensibilisieren und informieren. Der Stadtrat wird den Verein unterstützen, nicht finanziell, sondern indem er die Säuberungsaktionen, die zweimal im Monat stattfinden sollen, koordiniert und den gesammelten Abfall entsorgt. Der Verein basiert auf positivem Denken. Bitte erschrecken Sie nicht, wenn Sie von diesem frisch gegründeten Verein eine Anfrage betreffend Mitarbeit erhalten, denn es werden noch Mitglieder gesucht.

Stadträtin Susy Senn betreffend Entwicklung der Sozialhilfe:

Da mir Information und Transparenz wichtig ist, berichte ich Ihnen heute über die Entwicklung der Sozialhilfe im laufenden Jahr. In der Sozialhilfe veranschlagt sind Aufwendungen von rund 10,6 Mio. Franken bei Einnahmen von 5,78 Mio. Franken. Aufgrund der aktuellen Zahlen und gemäss Hochrechnung sollten die Aufwendungen bis Ende Jahr 10,47 Mio. Franken betragen bei Einnahmen von 5,72 Mio. Franken. Insgesamt rechnen wir mit einem Nettoaufwand, der rund 80'000 Franken unter dem budgetierten Aufwand und auch rund 32'000 Franken unter dem Nettoaufwand von 2009 bleibt.

Entwicklung der Fallzahlen

Entgegen der Prognosen in der Fachwelt sind die Fallzahlen in Adliswil im Jahr 2010 nicht wie erwartet drastisch gestiegen. Zu vermuten ist, dass die anziehende Konjunktur dazu beigetragen hat, dass Personen - anstatt bei Beendigung des Bezugs von Taggeldern aus der Arbeitslosenkasse ausgesteuert zu werden - wieder Arbeit gefunden haben. Die aktuell in der Sozialberatung geführten Fälle belaufen sich auf rund 320 - 340, inkl. Lohnverwaltungen. Vor einem Jahr waren es noch rund 360 Fälle.

Entwicklung der Ausgabenpositionen im Ressort Soziales

Beim letzten Trimestervergleich - 3. Quartal 2009 und 3. Quartal 2010 - fällt auf:

- Die Aufwendungen für Wohnkosten sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 1% oder rund 70'000 Franken gestiegen. Auch wenn die Veränderung prozentual gering ist, im Alltag liegen die Mietzinsbeträge von Klientinnen und Klienten häufig über dem von der Sozialkommission als angemessen definierten Betrag. Für die Betroffenen ist es schwierig, bei Wohnungsverlust eine neue bezahlbare Wohnung zu finden oder, wenn die Wohnung zu teuer ist, eine günstigere zu erhalten. Trotzdem hält die Sozialkommission an ihrem eingeschlagenen Kurs fest.
- Fremdbetreuung Kinder: Heimplatzierungen sind kostenintensiv und werden häufig zur Hälfte von der Schule mitgetragen. Glücklicherweise sind die Kosten in diesem Bereich nicht gestiegen und liegen aktuell bei rund 350'000 Franken.
- Ein Rückgang der Einnahmen ist bei den Renten zu verzeichnen, dies ist hauptsächlich zurückzuführen auf eine restriktivere Handhabung von Sozialversicherungen, speziell von der Invalidenversicherung.

Themenschwerpunkte, die wir zurzeit verfolgen:

- Abläufe, insbesondere bei Beginn der Unterstützung, werden angepasst, die Kontrolle - auch bei älteren Dossiers - allgemein verbessert
- Arbeitsintegration wird gefördert, aber auch gefordert
- junge Erwachsene werden eng begleitet

Stadträtin Susy Senn betreffend Ausstellung „Im Fall“:

Um auch in der Bevölkerung Transparenz zu schaffen, hat sich das Ressort Soziales entschieden, eine Ausstellung über die Sozialhilfe in der Schweiz anfangs Januar 2011 nach Adliswil kommen zu lassen. Für das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und Sozialer Ausgrenzung hat die SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) eine Wanderausstellung konzipiert, die über die Rolle der Sozialhilfe im Kontext der Sozialen Sicherheit informiert, über Ursachen von Armut und über Risi-

ken, davon betroffen zu sein. Es geht auch darum zu erläutern, welchen Beitrag die Sozialhilfe zur Milderung von Armut und Ausgrenzung leisten kann und wo aber auch Grenzen zu setzen sind. Ziel ist, die Bevölkerung aufzuklären und mit Vorurteilen aufzuräumen. Die Ausstellung wird im Zeitraum vom 8. -14. Januar 2011 im Haus Brugg und auf dem Bruggeplatz zu sehen sein.

1.9 Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen

keine

1.10 Protokolle

Zum Ratsprotokoll vom 6. Oktober 2010 ist ein Änderungsantrag von Mario Senn eingegangen.

Mario Senn, zur Begründung:

Anlässlich der Oktober-Sitzung hat der Gemeinderat die Motion der Freien Wähler zur Abschaffung der stillen Wahlen diskutiert. Dabei hat Davide Loss gesagt: „Ich glaube, man sollte es auch nicht übertreiben mit der Demokratie“. Dieser Satz war für uns der Spruch des Abends, ein absoluter Knüller, der Höhepunkt der Rede. Leider finden wir ihn im Protokoll auf Seite 100 nicht. Der FDP-EVP-Fraktion ist es wichtig, dass solche staatspolitischen Aussagen von grundsätzlicher Bedeutung im Protokoll sind. Wenn ein Gemeinderat glaubt, dass wir durch die Abschaffung der stillen Wahlen in einer Flut von Demokratie ertrinken, ist dies für uns protokollierungswert. Unsere Fraktion hat sich immer dafür stark gemacht, dass möglichst viel im Protokoll steht. Dazu gehören auch Aussagen, die polemisch sind, die aber als Höhepunkt eines Votums bezeichnet werden können. Wir sind schliesslich ein Parlament, ein politisches Gremium und keine Kuschelbude. Wir beantragen, das Protokoll an der erwähnten Stelle mit der Aussage „Ich glaube, man sollte es auch nicht übertreiben mit der Demokratie“ zu ergänzen und danken für Ihre Zustimmung.

Gabi Barco:

Der Knüller vom Abend - als ich den Änderungsantrag erhalten habe, habe ich mich gefragt: „Haben wir keine andere Probleme? Und um was geht es Mario Senn?“ Es kann ja wohl nicht sein, dass dieser Satz so aussagekräftig und so immanent wichtig ist, der von der SP jemals gesagt worden ist. Solche Spiele machen wir nicht mit, wir verzichten auf diesen Satz. Wir sagen gerne, was wir unter Demokratie verstehen und erklären dir, Mario Senn, gerne, was wir unter diesem Satz verstanden haben. Ich habe das Gefühl, dass es hier nicht um die Sache geht, sondern um etwas anderes, das ich gerne mit Mario Senn diskutieren möchte, aber nicht in diesem Saal. Wie wir Protokollierungen haben möchten, kann im Büro vernünftig diskutiert werden, und das war offenbar schon der Fall, und dann hat man das zu akzeptieren. Für die SP ist dieser Satz unwichtig, da geht es offenbar um keine offene, transparente sachpolitische Debatte, sondern um eine „Drecklerei“, und das machen wir nicht mit. Deshalb wird die SP den Antrag nicht unterstützen.

Beschluss

Ergänzung des Protokolls mit „Ich glaube, man sollte es auch nicht übertreiben mit der Demokratie“:

Ablehnung mit 9 : 21 Stimmen.

Somit ist das Protokoll vom 6. Oktober 2010 ohne Änderungen genehmigt.

Zum Ratsprotokoll vom 3. November 2010 sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Somit gilt dieses Protokoll als genehmigt.

1.11 Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 2. Februar 2011 statt.

1.12 Traktandenliste

Carmen Marty:

Im Namen der SP-Fraktion stelle ich den Antrag, die Traktandenliste wie folgt zu ändern: Neu nach dem Punkt 4 als 5. Traktandum „Ersatzwahl eines Sachkommissions-Mitgliedes für den Rest der Amtsdauer 2010 – 2014“. Danke für eure Zustimmung.

Beschluss

Die Anwesenden stimmen dem Antrag der SP-Fraktion zu.

Das neue Traktandum wird als Nr. 5 aufgenommen, die Traktanden Nummer 5 - 8 werden folglich zu den Traktanden 6 - 9.

2. Ersatzwahl der 2. Sekretärin/des 2. Sekretärs des Gemeinderates für den Rest der Amtsdauer 2010 - 2014

Im Namen der IFK schlägt Fredi Morf Ruedi Bräuer, FW, zur Wahl vor.

Da der Vorschlag nicht vermehrt wird, erklärt der Ratspräsident Ruedi Bräuer ab sofort für den Rest der Amtsdauer 2010 - 2014 als gewählt.

3. Ersatzwahl eines RGPK-Mitgliedes für den Rest der Amtsdauer 2010 - 2014

Im Namen der IFK schlägt Fredi Morf Barbara Häberli, SP, zur Wahl vor.

Da der Vorschlag nicht vermehrt wird, erklärt der Ratspräsident Barbara Häberli ab 1.1.2011 für den Rest der Amtsdauer 2010 - 2014 als gewählt.

4. Ersatzwahl eines VKE-Mitgliedes für den Rest der Amtsdauer 2010 - 2014

Im Namen der IFK schlägt Fredi Morf Davide Loss, SP, zur Wahl vor.

Da der Vorschlag nicht vermehrt wird, erklärt der Ratspräsident Davide Loss ab 1.1.2011 für den Rest der Amtsdauer 2010 - 2014 als gewählt.

Neues Traktandum

5. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2010 - 2014

Im Namen der IFK schlägt Fredi Morf Peter Bühler, SP, zur Wahl vor.

Da der Vorschlag nicht vermehrt wird, erklärt der Ratspräsident Peter Bühler ab 1.1.2011 für den Rest der Amtsdauer 2010 - 2014 als gewählt.

6. Finanzplan 2010 – 2014 (SRB 239/10)

Aussprache und Kenntnisnahme

Eintretensdebatte

Yannick Wettstein, Präsident der RGPK:

§ 118 des Gemeindegesetzes verpflichtet den Stadtrat, „die zur Beurteilung der künftigen Entwicklung erforderlichen Angaben“ zusammenzustellen und regelmässig nachzuführen. Dieser Verpflichtung kommt der Stadtrat mit dem vorliegenden Finanzplan und der darin enthaltenen rollenden Fünfjahresplanung nach. Der Finanzplan ist ein Regierungsinstrument – er dient dem Stadtrat als Instrument zur Führung und Steuerung. Die Wirkung des Finanzplans ist eine rein politische: Weder Stadtrat noch Gemeinderat sind rechtlich daran gebunden. Deshalb wird er vom Gemeinderat lediglich zur Kenntnis genommen. Der Finanzplan zeigt, welche Investitionen anstehen und in welcher Priorität der Stadtrat diese realisieren möchte. Diese Prognosen über die Entwicklungen der zentralen Finanzkennzahlen in den drei Rechnungsteilen Laufende Rechnung, Investitionsrechnung und Bilanz dienen aber auch als zusätzliche Orientierungshilfe der Beurteilung des jeweils aktuellen Budgets.

Die Stadt Adliswil befindet sich nach wie vor in einer angespannten Finanzlage. Die letzten fünf Jahresrechnungen sprechen eine deutliche Sprache: Sie wiesen allesamt ein – wenn auch zuletzt rückläufiges – strukturelles Defizit auf. Dass die Rechnungen 2007 - 2009 unter dem Strich trotzdem mit einem Ertragsüberschuss abgeschlossen haben, ist lediglich auf ausserordentliche Erträge aus dem Verkauf von Grundstücken bzw. der Gasversorgung zurückzuführen. Die finanzpolitischen Diskussionen der letzten Jahre im Gemeinderat drehten sich denn auch zentral um die Frage, mit welchen Massnahmen möglichst bald ein ausgeglichenes Ergebnis vor ausserordentlichen Erträgen, sprich: die Eliminierung des strukturellen Defizits erreicht werden kann.

Durch diese Fokussierung auf die Laufende Rechnung ist eine andere, nicht minder wichtige, finanzpolitische Frage etwas aus dem Blickwinkel geraten: Die Finanzierung des anstehenden Investitionsbedarfs. Die Entwicklungen der kommenden Jahre werden Adliswil nachhaltig prägen und die Stadt vor grosse Herausforderungen stellen. Ohne es vielleicht zu merken, befinden wir uns mitten in einer der dynamischsten Phasen der Stadtgeschichte. Seit 1970, d. h. seit nunmehr 40 Jahren hat sich die Bevölkerungszahl von Adliswil praktisch kaum verändert und lag jeweils im Bereich von 16'000 Personen. Vorangegangen war ein ungeheures Wachstum in den 60er Jahren, als die Bevölkerung von etwas über 9'000 im Jahr 1960 auf fast 16'000 im Jahr 1970 regelrecht explodierte. Während den nächsten vier Jahren wird Adliswil nun durch Zuzüge in die neuen Entwicklungsgebiete in Adliswil Nord ebenfalls einen signifikanten Bevölkerungsanstieg, gemäss Schätzungen von rund 2'900 Personen, erleben.

Diese Entwicklung manifestiert sich auch in der Investitionsplanung für die Periode 2010 - 2014: Im steuerfinanzierten Bereich sind für diesen Zeitraum Investitionen von rund 60 Mio. Franken geplant. Zwei Drittel, d. h. rund 40 Mio. Franken entfallen alleine auf Schulliegenschaften. Die zwei mit Abstand grössten Investitionsprojekte der nächsten vier Jahre, nämlich der Bau eines neuen Schulhauses im Gebiet Lebern-Dietlimoos mit 20,5 Mio. Franken und die Erweiterung des Schulhauses Kopfholz mit 8,8 Mio. Franken sind

zusammen für die Hälfte des Investitionsbedarfs der Stadt Adliswil während der nächsten vier Jahre verantwortlich. Daneben sollen Beiträge an Spitäler in der Höhe von 7,5 Mio. Franken sowie Unterhaltsarbeiten im Tiefbau in der Höhe von 6 Mio. Franken anstehen.

Dieser beträchtliche Investitionsbedarf wird die städtische Finanzlage noch zusätzlich strapazieren: Die genannten Investitionen werden laut Planzahlen lediglich zu 31 % aus den laufend generierten Cashflows finanziert werden. Nur wenig besser ist die Situation übrigens im gebührenfinanzierten Haushalt, wo sich der Selbstfinanzierungsgrad auf 42 % beläuft. Die Finanzierungsdefizite bei den Investitionen müssen durch Fremdkapital gedeckt werden und werden gemäss Planung die Nettoschuld bis Ende 2014 auf 85 Mio. Franken - ca. 4'700 Franken je Einwohner - anwachsen lassen. Die negativen Konsequenzen der Aufnahme von Fremdkapital in dieser Grössenordnung dürften sich aufgrund der derzeit günstigen Zinslage immerhin etwas abschwächen.

Als Reaktion hat der Stadtrat entschieden, die langjährige finanzpolitische Zielsetzung eines 50-prozentigen Selbstfinanzierungsgrades im steuerfinanzierten Haushalt aufzugeben und neu auf 30 % herabzusetzen. Die RGPK hat bereits vor einem Jahr die damals noch bei 50 % liegende Zielsetzung des Stadtrates als „unverantwortlich“ tief kritisiert. Aus Sicht der RGPK darf diese weitere Absenkung auf 30 % nur einen absoluten Ausnahmezustand bilden und ist schnellstmöglich eine Korrektur nach oben anzustreben.

In der Laufenden Rechnung sind die Ausgaben pro Einwohner im Vergleich mit anderen Gemeinden im Kanton noch immer überdurchschnittlich hoch. Dies bestätigt die Gemeindefinanzstatistik des Statistischen Amtes des Kantons Zürich. Ein Beispiel: Vergleicht man Adliswil mit den Zürcher Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnern und lässt dabei die drei grössten Gemeinden Zürich, Winterthur und Uster weg – das sind inkl. Adliswil 24 Gemeinden –, so zeigt sich folgendes Bild: Adliswil weist sowohl im Bereich Bildung als auch im Bereich Kultur und Freizeit den dritthöchsten Pro-Kopf-Aufwand auf. Sogar auf Platz 2 liegt Adliswil in den beiden Bereichen Rechtsschutz und Gesundheit. In den Bereichen Soziale Wohlfahrt und Verkehr ist Adliswil immerhin noch auf den Plätzen 8 respektive 9 anzutreffen.

Um die Finanzlage in den Griff zu bekommen, werden das volle Engagement aller Verantwortlichen und die konsequente Aufrechterhaltung des Spardrucks erforderlich sein. Die Aufwendungen in allen Bereichen sind in der Planperiode weiter zu reduzieren. Der Stadtrat hat bereits im Hinblick auf das aktuelle Budget Sparmassnahmen eingeleitet, die aber aus Sicht der RGPK nicht ausreichen und deshalb noch signifikant verstärkt werden müssen. In diese Richtung zielende Globalbudgetmotionen sind noch Gegenstand der heutigen Sitzung. Dass der Stadtrat in der Planperiode mit einem zumindest nicht ansteigenden Steuerfuss und – im Gegensatz zu früheren Jahren – weitgehend ohne ausserordentliche Einnahmen rechnet, wird von der RPGK begrüsst.

Gemeinderat und Stadtrat sind aufgefordert, alles daran zu setzen, dass Adliswil für das Jahr 2012 eine ausgeglichene Laufende Rechnung vorweisen kann. Eine nüchterne, durchgängige Überprüfung der Notwendigkeit der derzeit erbrachten Leistungen sowie der Verzicht auf bestimmte Leistungen müssen zur Selbstverständlichkeit werden. In Bezug auf die kommenden Investitionsvorhaben wird eine strenge Priorisierung stattfinden müssen: Auf Wunschvorhaben - wie z. B. auf den von meiner Amtsvorgängerin erwähnten Sihluferrweg - ist zu verzichten. Insbesondere bei den grossen Schulhausprojekten wird genau darauf zu achten sein, dass

die Projekte funktional und zugleich möglichst ressourcenschonend ausgestaltet werden. Die aktuelle Medienberichterstattung zeigt gerade im Schulhausbau eklatante Kostenunterschiede zwischen vergleichbaren Projekten. Die Verantwortlichen sind aufgefordert, sich detailliert mit vorbildlichen Projekten, z. B. dem Bau der Zurich International School (ZIS), auseinanderzusetzen und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen.

Auch wenn es da und dort zu Einsparungen oder zum Verzicht auf kleinere Vorhaben kommen sollte, müssen wir uns mit der Tatsache abfinden, dass ein Grossteil der geplanten 60 Mio. Franken an Investitionsbedarf tatsächlich auf Adliswil zukommen wird. Der Bau eines neuen Schulhauses im Gebiet Lebern-Dietlimoos ist eine logische Konsequenz des früheren Entscheides, in Adliswil Nord zusätzlichen Wohnraum für 3'000 Einwohner zu schaffen. Es ist unsere Pflicht, nun die notwendige Infrastruktur bereitzustellen.

Während die Herausforderungen auf der Ausgabenseite wenig Grund für Optimismus bieten, so stechen die äusserst pessimistischen Annahmen auf der Einnahmenseite heraus. Sowohl die Schätzungen der durchschnittlichen Steuerkraft der zukünftigen Bewohner in den neuen Entwicklungsgebieten, als auch die Annahmen betreffend die beiden grossen Unsicherheitsfaktoren, nämlich die noch immer ausstehenden Gelder aus der Steuerauscheidung der Swiss Re und die zusätzlichen Finanzmittel, die Adliswil im Rahmen der Reform des Finanzausgleichs (REFA) zufließen werden, lassen vermuten, dass sich die Finanzlage weniger düster darstellt, als dies das vom Stadtrat gemalte Bild suggeriert.

Gemäss der im Finanzplan publizierten Prognose wird die Rechnung 2010 mit einem Überschuss von 2,331 Mio. Franken abschliessen. Prognostiziert war ein Defizit von 1,112 Mio. Franken - das entspricht einer Differenz von 3,4 Mio. Franken. Dies ist zwar grundsätzlich erfreulich, hinterliess aber in der RGPK Fragen in Bezug auf die Kreditwürdigkeit der im aktuellen Budget prognostizierten Werte.

Die RGPK nimmt somit Kenntnis vom vorliegenden Finanzplan.

Harald Huber, Stadtpräsident (für Stadtrat Walter Müller, der die Sitzung aus privaten Gründen wieder verlassen musste):

Der Finanzplan ist das wichtigste Informationsinstrument für den Stadtrat und bildet die Grundlage für eine seriöse Finanz- und Investitionsplanung und Steuerfusspolitik. Die mittelfristigen Perspektiven vom Finanzplan 2010 - 2014 sind die notwendigen und wichtigsten Ergänzungen zum Budget. Die Gemeindefinanzen werden vor allem durch die äusseren Bedingungen massgeblich beeinflusst. Es sind dies die Wirtschaftslage, die demographische Entwicklung und Gesetzesänderungen. Die Schweizer Wirtschaft hat die Finanzkrise gut überstanden und hat sich nicht negativ auf unsere Steuereinnahmen in Adliswil ausgewirkt. Die Adliswiler Bevölkerungszahl steigt nun kontinuierlich jedes Jahr um 500 - 600 Einwohnerinnen und Einwohner durch die Fertigstellung der neuen Wohngebiete Grüt, Lebern-Dietlimoos und Wilacker. Bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen werden sich die neue Pflegefinanzierung ab 1.1.2011 sowie die Reform des Finanzausgleichs per 2012 auswirken. Der Stadtrat hat sich folgende wichtige Ziele gesetzt:

- Investitionen anpacken und umsetzen und nicht länger vor sich herzuschieben
- stabiler Steuerfuss bei 110 %, und dies ist nur mit einem sehr tiefen Selbstfinanzierungsgrad von nur 30 % möglich

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass er sich auf einem schmalen Grat befindet. Wenn dieser Grat aber hell wach begangen wird, ist dies ein kontrolliertes und gesichertes Vorwärtsgen. Das ist für die Zukunft von Adliswil dringend nötig und ich bin überzeugt, dass Adliswil davon profitieren wird.

Daniel Frei:

Was mir Bauchweh macht, ist die Senkung des Selbstfinanzierungsgrades von der bereits kritischen Grösse von 50 % auf 30 %. Dies ist mit einem massiven Schuldenaufbau verbunden ist. Klar ist, dass die anstehenden Investitionen getätigt werden müssen. Ich bin aber überzeugt, dass gewisse angedachte und geplante Investitionen ersatzlos gestrichen werden können. Dort, wo dies unmöglich ist, kann mit gesundem Menschenverstand eine preisgünstige - nicht die billigste - Variante gesucht werden. Die Kosteneffizienz muss von uns in jeder Phase der Planung beobachtet und durchgesetzt werden. Der Erweiterungsbau des Schulhauses Kopfholz hat gezeigt, dass ein Objekt bei klaren Sparmassnahmen den ursprünglichen Zweck ohne weiteres erfüllen kann. Ich bin auch überzeugt, dass Hochwasserschutz an der Sihl ohne zusätzlichen Weg und Lampen funktioniert. Zukünftige Investitionen müssen genau geprüft werden, und man muss den Mut haben, auf gewissen Luxus zu verzichten und die Funktionalität in den Vordergrund zu stellen.

Daniela Morf:

Die SVP-Fraktion ist sehr besorgt. Wir können den Finanzplan zwar nur zur Kenntnis nehmen. Das fällt uns aber sehr schwer, weil sich die prognostizierte finanzielle Zukunft unserer Stadt noch einmal drastisch verschlechtert. Die SVP-Fraktion stellt grundsätzlich nicht in Abrede, dass ein Nachholbedarf bei den Investitionen zu tätigen ist. Gewisse Projekte sind leider zu lange nicht realisiert worden. Darum muss nun viel auf einmal investiert werden. Bei den anstehenden Investitionen ist klar darauf zu achten, dass kostengünstige und praktikable Lösungen gefunden und Synergien konsequent genutzt werden. Der vorausgesagte Selbstfinanzierungsgrad von 30 % ist erschreckend tief, jedoch offenbar unumgänglich. Die Investitionen werden hoffentlich zu einer besseren Lebensqualität führen und so unsere Stadt attraktiver machen. Von den Neuzuzüglern im Gebiet Lebern-Dietlimoos werden allgemein höhere Steuereinnahmen erwartet. Die Miet- resp. Kaufpreise dieser Wohnungen lassen wohl auf gut verdienende Familien schliessen. Ob sich letztlich die Einnahmen für die Stadt erhöhen werden, wird nur die Zukunft zeigen. Die SVP-Fraktion ist besonders kritisch bei den Folgekosten dieser Gebietsentwicklung. Wir fordern den Stadtrat unmissverständlich auf, die Verwaltung nicht weiter auszubauen, und wegen den zusätzlichen Einwohnern nicht unnötig mehr Arbeitsstellen zu schaffen. Vielmehr sollte durch Effizienzsteigerung und Optimierung der Arbeitsabläufe ein Grossteil der Mehrarbeit bewältigt werden können.

Von einem ausgeglichenen Haushalt in den kommenden Jahren kann man leider nicht reden. Im Gegenteil: Die jährlichen Defizite nehmen stetig zu. Dadurch wird auch das Eigenkapital auf bedrohliche Ausmasse sinken. Diese Prognose kann so nicht entgegengenommen werden. Entsprechende Massnahmen sind unumgänglich. Budgets auf dieser Basis können zukünftig von der SVP-Fraktion nicht mehr gutgeheissen werden. Der Gemeindevergleich auf Seite 54 des Finanzplanes zeigt deutlich, dass Adliswil im Vergleich zu anderen Gemeinden in fast allen Bereichen am schlechtesten abschneidet. Das muss uns zu denken geben. Wir müssen alles daran setzen, das zu ändern. Daher sind wir

angehalten, in Zukunft noch genauer abzuwägen, welche Ausgaben und Investitionen wirklich nötig sind. Die SVP-Fraktion wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass sich die finanzielle Position so schnell wie möglich wieder verbessert. Wir wollen auch baldmöglichst wieder eine Steuersenkung ankündigen können. Die grossen Investitionen im Gebiet Lebern-Dietlimoos zeigen das Vertrauen in unsere Stadt deutlich. Um jedoch für gut verdienende Familien attraktiv zu bleiben, ist ein tieferer Steuerfuss unumgänglich. Wir erwarten, dass der neue Finanzausgleich sowie die neuen Einwohnerinnen und Einwohner von Adliswil helfen werden, die Finanzen in kürzester Zeit wieder in den Griff zu bekommen. Zusätzlich sind aber auch besondere Sparanstrengungen vom Stadt- und Gemeinderat erforderlich, denn auch auf der Aufwandseite kann noch einiges gemacht werden. Der erste Schritt dazu sind die eingereichten Globalbudget-Motionen.

Mario Senn:

Meine Vorredner haben bereits ausgiebig mit Zahlen um sich geworfen. Deshalb leite ich mein Votum mit vier Thesen ein:

1. Für keines der Planjahre wird vor a. o. Einnahmen ein Überschuss prognostiziert. Mit anderen Worten: Das strukturelle Defizit bleibt bestehen.
2. Die Adliswiler sollen - gemessen an der relativen Steuerkraft – bis Ende 2014 ärmer werden.
3. Es sollen gegen 100 Millionen Franken verbaut werden.
4. Die Nettoschuld soll auf über 80 Millionen Franken ansteigen.

Keiner dieser Punkte ist für uns befriedigend. Wir möchten dies allerdings relativieren:

- Bezüglich des strukturellen Defizits haben Sie heute Abend die Möglichkeit, dieses substantiell zu reduzieren. Dafür wurden die Globalbudget-Motionen eingereicht.
- Mit den Steuererträgen wurde sehr defensiv gerechnet. Wir glauben nicht, dass die Adliswiler so verarmen werden, wie dies auf Seite 2 des Finanzplans dargestellt wird.
- Das Investitionsvolumen scheint tatsächlich riesig zu sein. Wir sind aber aufgrund von drei Faktoren, die zeitlich zusammenfallen, im Handlungsspielraum eingeeengt: 1. Haben wir die Erschliessung des Gebietes Lebern-Dietlimoos beschlossen. Dieser Entscheidung war und ist noch immer richtig, nun aber auch mit der nötigen Konsequenz zu befolgen. 2. Adliswil ist in den 1960er und 70er Jahren das letzte Mal substantiell gewachsen. Damals wurde enorm in die Infrastruktur investiert und wir profitieren noch heute davon. Diese Infrastrukturbauten kommen langsam ans Ende ihrer Lebensdauer und weisen entsprechenden Erneuerungsbedarf auf. 3. Stehen im Zentrum in den nächsten Jahren grössere Projekte an. Dabei ist klar: Adliswil wird während dieser Legislatur 2010 -2014 für die nächsten 30 Jahren gebaut. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die kommenden Investitionen mit diesem Zeithorizont zu betrachten.
- Aus diesen Gründen erschreckt uns die Schuldenprognose nicht so stark. Auch die grossen Bauten in den 1970er Jahren wurden nicht mit Eigenfinanzierungsgrad 100 % gebaut. Er lag schon damals tiefer. Das ist richtig so: Es kann ja nicht sein, dass 16'000 Einwohner mit ihrer Finanzkraft die Infrastruktur für 20'000 Einwohner vor-schiessen müssen. Deshalb ist für uns die allgemeine Empörung wegen der prognostizierten Verschuldung nicht verständlich. Wer die rollenden Finanzpläne der vergangenen Jahre verstanden hat, kann nicht überrascht sein. Die meisten Investitionen sind im Übrigen erst geplant und noch nicht beschlossen. Und häufig wird das Volk das

letzte Wort haben. Die Grossinvestoren Schule und Werkbetriebe sind - im Sinne eines „ceterum censeo“ - angehalten, ihre Projekte so schlank wie möglich zu halten.

Carmen Marty:

Die SP Adliswil nimmt den Finanzplan 2010 – 2014 zur Kenntnis. Es ist ein mutiger Schritt des Stadtrates, bereits seit langem geplante Investitionen im Bereich der Schule und weitere Vorhaben im Strassenbereich sowie im Abwasserbereich zu planen, obwohl der Selbstfinanzierungsgrad der Stadt nur noch bei 30 % liegt. Damit zeigt der Stadtrat eindeutig, dass ihm das Wohl der Stadt am Herzen liegt. Deshalb dankt die SP-Fraktion dem Stadtrat, dass die zwei Schulhäuser Kopfholz und Dietlimoos in Angriff genommen werden. Zu dieser positiven Seite gibt es aber auch noch zu bedenken, dass diese Riesenprojekte die laufende Rechnung belasten bzw. belasten werden. Wir sind jedoch optimistisch, dass diese Ziele für die nächsten vier Jahre Gutes für Adliswil bringen werden.

Detailberatung

Franco Rossi, S. 48 - 54: Die Finanzkennzahlen sind wahrlich nicht gut. Wenn ich diese dem Legislaturplan des Stadtrates - attraktives Zentrum - gegenüberstelle, dann messe ich den Finanzkennzahlen respektive der Korrektur dieser Zahlen viel Wert bei. Kann sich der Stadtrat durchringen, die Korrektur der Finanzkennzahlen auch in die Legislaturplanung aufzunehmen?

7. Budget 2011 (SRB 240/10)

Anträge des Stadtrates auf Genehmigung des ordentlichen Budgets und der Globalbudgets 2011 sowie des Gemeindesteuerfusses

Dieses Traktandum gilt auch als allgemeine Fragestunde.

Eintretensdebatte

Yannick Wettstein, Präsident der RGPK:

Die Aussagen zum Budget 2011, die ich im Rahmen meines Votums zum Finanzplan gemacht habe, wiederhole ich nicht. Stattdessen beschränke ich mich auf die wichtigsten Erkenntnisse aus der Prüfarbeit der RGPK und die zentralen Schlussfolgerungen daraus. Der Stadtrat legt uns für das kommende Jahr ein Budget vor, das eine erneute Aufwandssteigerung von rund 2,3 % auf neu 135,5 Mio. Franken vorsieht, sowie einen Aufwandüberschuss von rund 1,8 Mio. Franken. Gegenüber dem Budget 2010 entspricht dies einer Erhöhung des Aufwandüberschusses von rund 0,7 Mio. Franken. Wie der Stadtrat auf Seite 2 des Budgets ausführt, wertet er dieses Ergebnis jedoch nicht als Alarmzeichen. Die RGPK kann sich dieser Interpretation so nicht anschliessen. Enttäuschend ist insbesondere die Tatsache, dass mit dem Budget 2011 der positive Trend der letzten Jahre im Sinne einer schrittweisen Reduktion des strukturellen Defizits gebrochen wurde. Die Rechnung 2006 wies noch ein strukturelles Defizit von 14,5 Mio. Franken auf. Seither gelang es durch Sparmassnahmen sowie weitere Vorkehrungen, diesen Fehlbetrag Jahr für Jahr zu reduzieren, bis zuletzt auf 1,4 Mio. Franken in der Rechnung 2009. Die Erwartungshaltung des Gemeinderates wurde auch unzählige Male deutlich zum Ausdruck gebracht: Der Stadtrat soll die notwendigen Schritte einleiten, um so rasch als möglich ein ausgeglichenes Ergebnis vor ausserordentlichen Erträgen zu erzielen. Der Gemeinderat bewies Geduld und eine ruhige Hand, indem er in den letzten Jahren von Schnellschüssen abgesehen hat und die stadträtliche Strategie einer schrittweisen Reduktion des strukturellen Defizits mitgetragen hat.

Das vorliegende Budget 2011 wirft jedoch grundlegend die Frage auf, wie ernst es dem Stadtrat mit einer konsequenten und möglicherweise auch schmerzhaften Sparpolitik ist. Es beschleicht einem das unguete Gefühl, dass der Stadtrat auf Zeit spielen möchte und auf eine baldige Erholung auf der Einnahmeseite - Stichworte: Reform Finanzausgleich, SwissRe-Gelder, Steuererträge Lebern-Dietlimoos - hofft, und damit auf eine Abnahme des Spardrucks. Wie bereits beim Finanzplan erwähnt, schneidet Adliswil im Gemeindevergleich in Bezug auf verschiedene Verwaltungsbereiche schlecht ab. Eine allenfalls verbesserte zukünftige Ertragslage darf deshalb nicht als Vorwand dienen, auf eine Überprüfung der bestehenden Kostenstrukturen zu verzichten. Vielmehr muss sich Adliswil als Benchmark konsequent an den Werten seiner Referenzgemeinden orientieren.

Lobend festzuhalten ist, dass sich der Stadtrat, wie er auf Seite 2 des Budgets bekannt gibt, auf Sparmassnahmen von immerhin 1 Mio. Franken verständigen konnte. Verwirrend an dieser Aussage war für die RGPK, dass sie im luftleeren Raum steht und auch nirgends substantiiert wird, welche Einsparungen konkret vorgenommen werden sollen. Gemäss Auskunft des Finanzvorstehers wurde für jedes Ressort ein bestimmter Betrag definiert, den dieses Ressort im kommenden Jahr nun einzusparen hat. Der Entscheid, welche Sparmassnahme es sein soll, liegt in der Verantwortung der Ressorts. Relativie-

rend muss erwähnt werden, dass sich etwa das Ressort Soziales mit zusätzlichen Ausgaben in der Grössenordnung von 1 Mio. Franken konfrontiert sah, welche die direkte Folge der neuen Pflegefinanzierung sind. Nichtsdestotrotz sind diese Sparbemühungen des Stadtrates nur erste Ansätze und vom Umfang her immer noch klar ungenügend. Das zeigt die Tatsache, dass mit der Einsparung dieser einen Million lediglich verhindert werden konnte, dass das geplante Defizit mit 2,8 statt 1,8 Mio. Franken noch höher ausgefallen wäre. Gut möglich, dass der Stadtrat - wohl berechtigt - vermutet hat, dass ein Budget mit 2,8 Mio. Franken Defizit ziemlich sicher zurückgewiesen worden wäre.

Einmal mehr stehen wir vor der Entscheidung, wie wir mit einem Budget umgehen sollen, das wie jenes des Vorjahres und des Vorvorjahres und jene der Jahre zuvor einmal mehr ein strukturelles Defizit prognostiziert - und bei dem die Gesamtausgaben erneut gestiegen sind. Die RGPK ist sich bewusst, dass viele Ratsmitglieder, vor allem jene, die bereits viele Dezembersitzung erlebt haben, bei denen zwar markige Worte ausgepackt wurden, am Schluss jedoch die Faust im Sack gemacht wurde, eine gewisse Ohnmacht verspüren, weil sie den Eindruck haben, dass seit Jahren dieselben mahnenden Worte fallen, sich aber trotzdem nichts wirklich ändert. Auch in der RGPK, soviel kann ich hier sagen, wurde die Option einer Rückweisung intensiv diskutiert. Dennoch ist die RGPK zum Ergebnis gelangt, dem neu konstituierten Stadtrat eine letzte Chance für einen Paradigmenwechsel im Hinblick auf das Budget 2012 zu gewähren. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der Globalbudgetmotionen, welche durch verschiedene Gemeinderatsfraktionen eingereicht worden sind. Anstelle eine Rückweisung mit fraglichen Erfolgchancen vorzuschlagen, erachtet es die RGPK als sinnvoll, den Mechanismus der Globalbudgetierung und die dem Gemeinderat zur Verfügung stehenden Werkzeuge nun erstmals zu betätigen, um die Exekutive ultimativ zu substanziellen Sparbemühungen aufzufordern respektive dem Stadtrat die Gelegenheit zu geben, gemäss seinen Präferenzen Handlungsoptionen aufzuzeigen. Es sei an dieser Stelle jedoch in aller Klarheit gesagt: Falls die angesprochenen Globalbudgetmotionen überwiesen werden sollten, erwartet auch die RGPK eine kompromisslose Umsetzung der in den Motionen angeregten Anliegen.

Neben einer drastischen Intensivierung der Sparbemühungen besteht auch in anderer Hinsicht dringender Handlungsbedarf: Das vorliegende Budget erfüllt, so wie es dem Gemeinderat ausgehändigt wurde, in formeller Hinsicht in keiner Art und Weise den Qualitätsstandard, der von einer Stadt der Grösse von Adliswil erwartet werden muss. Das Budget ist die zentrale Grundlage für die finanzpolitische Weichenstellung für das folgende Jahr. Es ist für die RGPK unverständlich, wie wenig Sorgfalt bei der Erstellung aufgewendet wurde. Dies beginnt bei einer uneinheitlichen Formatierung, geht über unpräzise Formulierungen im Glossar und endet bei falsch addierten Zahlen in Tabellen. Auffällig sind zudem einmal mehr die qualitativ und quantitativ sehr unterschiedlich ausgefallenen Kommentare in den einzelnen Produktgruppen. Während es einige Ressorts schaffen, mit kurzen, aber präzisen Ausführungen die sich stellenden Fragen zu beantworten, werfen manche Kommentare mehr Fragen auf als sie Antworten liefern. Die RGPK erwartet, dass der Stadtrat umgehend durch organisatorische Massnahmen dafür sorgt, dass künftige Globalbudgets als „state of the art“ bezeichnet werden können. Zumal wir die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen des Ressorts Finanzen als sehr positiv und konstruktiv wahrnehmen, zweifeln wir nicht daran, dass sich diese Probleme rasch lösen lassen. Der Stadtpräsident hat im Übrigen bereits angeboten, die diesbezüglichen Wünsche von RGPK und SAKO im Rahmen einer Präsidentenkonferenz aufzunehmen, was wir begrüssen.

Es liegt im Interesse des Stadtrates, durch eine transparente und nachvollziehbare Globalbudgetierung mit aussagekräftigem Zahlenmaterial beim Gemeinderat das Vertrauen zu stärken, mit den Globalbudgets ein praktisches Steuerungsinstrument in Händen zu halten. Letztlich dürfte auch das weitere Schicksal von NPM in Adliswil davon abhängen, ob dieses Vertrauen hergestellt werden kann. Dass man davon noch meilenweit entfernt ist, zeigt sich z. B. daran, dass nach Berechnungen der RGPK lediglich ein Viertel der Personalkosten einer Produktegruppe zugeordnet ist, während drei Viertel in den Gemeinkosten verschwinden. Dieser Zustand ist für die RGPK nicht akzeptabel. Sie erwartet, dass mit der Ablösung von LARIX durch ABACUS, der Anteil der Gemeinkosten drastisch reduziert wird. Verbunden mit diesen Aufforderungen an den Stadtrat hat die RGPK einstimmig entschieden, dem Gemeinderat die Anträge des Stadtrates zur Annahme zu empfehlen, allerdings mit folgenden drei Änderungen, jeweils nach Rücksprache mit den Ressortverantwortlichen:

- In Bezug auf Antrag 2.12 (Produktegruppe Soziale Aufgaben) stellt die RGPK den Antrag, das Globalbudget 2011 mit einem um 252'000 Franken kleineren Nettoaufwand von neu 16'728'200 Franken zu bewilligen. Die Differenz ergibt sich daraus, dass der Kostenverteiler beim Sozialen Netz Horgen zu Gunsten der Stadt Adliswil angepasst wurde, diese Information jedoch erst bekannt wurde, nachdem das Budget bereits erstellt worden war und deshalb keine Berücksichtigung mehr finden konnte.
- In Bezug auf Antrag 2.14 (Produktegruppe Bildung) stellt die RGPK den Antrag, das Globalbudget mit einem um 116'300 Franken kleineren Nettoaufwand von neu 28'830'200 Franken zu bewilligen. Die Reduktion ist die Konsequenz aus dem jüngsten Entscheid des Gemeinderates, die geplanten Stellenerhöhungen bei der Schulsozialarbeit abzulehnen.
- In Bezug auf Antrag 2.21 reduziert sich somit der budgetierte Aufwandüberschuss von 1,841 Mio. auf neu 1,472 Mio. Franken, das sind 368'300 Franken weniger.

Der Ratspräsident hält fest, dass drei Änderungsanträge der RGPK vorlägen, über diese im Abstimmungsteil zuerst abgestimmt würden.

Hanspeter Clesle, Präsident der Sachkommission:

Da die ganze Stadt erst seit kurzem im Globalbudget erfasst ist, ist der Vergleich zu Vorjahren bei einigen Produktegruppen noch nicht möglich. Die kurze Geschichte der einzelnen Produktegruppen erschwert so die Prüfungsarbeit. Aber je länger wir mit dem Globalbudget arbeiten, desto geläufiger wird die Prüfung. Die Sachkommission hat die Budgets aller Produktegruppen mit Ausnahme der Finanzen und Steuern bearbeitet und bedankt sich herzlich für die freundliche Zusammenarbeit beim Stadtrat, der Schule und den Verantwortlichen der Stadtverwaltung. Besonders bei den Klärungsgesprächen wurde uns einmal mehr bewusst, dass hinter den Zahlen Menschen stehen. Bei ihnen wurde die Sachkommission vorgestellt, um zu erfahren, wie man zu den Berechnungen gekommen ist. Diese Gespräche wird die Kommission weiterhin pflegen. Ebenfalls wurde mit der RGPK eng zusammengearbeitet und auch einige der Klärungsgespräche zusammen durchgeführt, was die Sachkommission als eine Bereicherung empfand.

Letztes Jahr wurde der Adliswiler Bevölkerung in einem der Stadtbriefe versprochen, dass im Globalbudget die Leistungen direkt mit den entsprechenden Kosten in Verbindung gebracht werde, was Transparenz für die Führung und die staatliche Leistungserbringung

erhöhe. Das vorliegende Budget 2011 erreicht dieses Ziel in einigen Punkten nicht. Um klare Transparenz zu erhalten, ist es sinnvoll, dass bei jedem Produkt bzw. jedem Ziel je die Nettokosten ausgewiesen werden. So hätte jede Leistung ihren klaren Preis. Dadurch kann die Steuerung sehr übersichtlich vorgenommen werden. Wir erwarten eine ausführliche Beschreibung von den Tätigkeitsbereichen der Produktengruppen und vor allem aussagekräftige Kommentare. Dies wurde bereits im letzten Jahr von den Präsidien der damaligen drei Sachkommissionen gefordert. Das Globalbudget, insbesondere die Kommentare, sollte ein interessierter Leser ohne grosse Nachfragen nachvollziehen können. Die Kommentare sind aber oft sehr dürftig gehalten. Ein Beispiel aus einer Produktengruppe: Im Kommentar auf Seite 70, Ende des ersten Abschnitts, ist u. a. folgendes festgehalten. „... Mehrkosten infolge massiv höherer Miete (+100'000 Franken), ohne mehr Platz zu beanspruchen.“ Es ist nicht nachvollziehbar, weder wer oder was der Verursacher dieser ansehnlichen Mehrkosten ist, noch wer der Vermieter ist usw. Eine genauere Umschreibung im Kommentar würde die Arbeit der Kommission und auch der Verwaltung massiv erleichtern. Die Verwaltung müsste nicht mehr so viele Fragen beantworten. Künftig fordert die Sachkommission auch einen Kommentar zu den prozentual grossen Änderungen ab 10 % bei den einzelnen Posten. Ich habe am Anfang gesagt, wir würden vor allem die Änderungen der Budgetbeiträge zu den Vorjahren überprüfen. Änderungen von mehr als 10 % werfen einfach Fragen.

Die Sachkommission wie auch die RGPK sind das letzte Glied, die das Budget zur Prüfung erhalten. Davor wird es in der Verwaltung erstellt, welche bestimmt auch über ein Qualitätssystem verfügt, und liegt mindestens zwei Mal dem Stadtrat vor. Deshalb ist es erstaunlich, dass schon bei der ersten Lesung Flüchtigkeitsfehler festgestellt wurden. Z. B. wird in einem Kommentar erwähnt, dass die Öffnungszeiten der Bibliothek um 3 Stunden in der Woche erhöht werden. Im Leistungsumfang werden aber im IST 2009, VA 2010 und VA 2011 jeweils 18 Stunden pro Woche ausgewiesen. Doch keine Erhöhung? Dieses Beispiel ist ebenfalls auf Seite 70 nachzulesen. Es geht viel Zeit verloren, wenn Zahlen falsch sind und von der Sachkommission überprüft werden müssen. Wie sollen wir Vertrauen ins Globalbudget-System haben, wenn wir uns – bevor wir richtig prüfen können – zuerst mit Flüchtigkeitsfehlern auseinandersetzen müssen? In dieser Beziehung fordert die Sachkommission deutliche Verbesserungen in Hinblick auf das Budget 2012.

Zu bemängeln ist die Darstellung des Budgets 2011. Es wäre für die Übersichtlichkeit von Vorteil, wenn der Titel der Produktgruppen vor den Kostenzusammenstellungen jeweils auf der linken Seite platziert würde. Im Weiteren ist es mit der heutigen Software möglich, Excel-Sheets einzufügen und Zeilenumbrüche zu definieren. Dies kann von einer Verwaltung verlangt werden. Die Kommission wünscht sich für alle Produktgruppen einen zusätzlichen Abschnitt. Dieser Abschnitt soll die kurz- und mittelfristigen Erwartungen der Produktgruppen enthalten. Welche Änderungen oder welche Ziele, welche Absichten werden als nächstes angestrebt.

Insgesamt hat die Sachkommission rund 40 schriftliche Fragen zu allen Produktgruppen zusammengefasst in einem Katalog erarbeitet und dem Stadtrat bzw. der Stadtverwaltung und Schule zugestellt. Die Fragen wurden zu unserer Zufriedenheit und nachvollziehbar beantwortet. Mit einigen Klärungsgesprächen sind Unklarheiten beseitigt und wichtige Informationen ausgetauscht worden. Es sind auch weitere Gespräche und Besichtigungen zu Verständniszwecken bereits festgelegt. Die Produktgruppe Soziale Aufgaben umfasst acht Produkte. Auf nur sechs Seiten wird eine Produktgruppe mit Brutto-

kosten von rund 35 Mio. Franken bzw. Nettokosten von rund 16 Mio. Franken beschrieben. Eine ähnliche Begebenheit findet sich auch bei der Produktegruppe Bildung. Diese komplexen Gruppen forderten einen besonderen Effort bei der Prüfung. Die Sachkommission hat mit gezielten Fragen und in sehr guten Gesprächen die Prüfung durchgeführt. Die Fragen wurden sehr detailliert und kompetent beantwortet. Bei der Produktegruppe Raumplanung wird im Kommentar erwähnt, dass die Kontrolltätigkeit per 1.1.2010 ausgelagert wurde. So soll vermehrt den Kundenwünschen entsprochen werden und eine 100 %ige Einhaltung der Bauabnahmen und Bezugsfreigaben sichergestellt werden. Der Indikator 3.1 auf Seite 40 ist dementsprechend angepasst, was die Sachkommission gerne zur Kenntnis nimmt, mit dem Wissen das die Sachkommission 2 der vergangenen Legislatur darum gekämpft hat.

Die Sachkommission hat bei allen Produktegruppen festgestellt, dass die von dem Juli-Gemeinderatsbeschluss geforderten Ziele und Indikatoren vollständig und korrekt ins Globalbudget 2011 übernommen worden sind. Die gesetzten Ziele und Indikatoren sind realistisch. Die Sachkommission ist zuversichtlich, dass mit diesen Vorgaben eine optimale Leistung erbracht werden kann, ohne gravierende Einbussen der Lebensqualität in Kauf nehmen zu müssen. Die Sachkommission beantragt einstimmig, für die ihr zugeteilten Produktegruppen das Globalbudget 2011 zu genehmigen.

Harald Huber, Stadtpräsident (für Stadtrat Walter Müller):

Das Budget 2011 ist eine speziell grosse Herausforderung mit ungewöhnlichen Vorzeichen. Nach dem Trend in den vergangenen Jahren, wo jeweils der Defizitbetrag von einem zu nächsten Jahr halbiert werden konnte, haben wir in diesem Jahr erstmals wieder einen Anstieg von rund 0,7 Mio. Franken. Der Mehraufwand im Sozialen bei den AHV-Zusatzleistungen von über 1 Mio. Franken konnte trotz Sparmassnahmen und 3 % höheren Steuereinnahmen nicht aufgefangen werden. Auch beim Personal hat man mit 1 % der Lohnsumme eine Aufwandsteigerung, was zum Schluss zu einem Defizit von rund 1,8 Mio. Franken führt. Für die neuen Wohngebiete geht man von einer Zuwanderung von ca. 600 Personen aus, was zu mehr Steuereinnahmen von ca. 3 % oder rund 1,3 Mio. Franken führt. Der Stadtrat hält weiterhin an einem stabilen Steuerfuss fest.

Zu den anstehenden Investitionen, im speziellen bei den Schulanlagen, hat der Stadtrat entschieden, die nötigen Umbauten und Sanierungen sowie die Erweiterungs- und Neubauten in Angriff zu nehmen und nicht weiter vor sich her zu schieben. Die Weichen dazu müssen jetzt gestellt werden, auch wenn daraus zukünftig mehr Zinsbelastung und Abschreibungen resultieren werden. Die Nettoschuld der Stadt Adliswil per Ende 2009 von rund 23 Mio. Franken wird sich voraussichtlich per Ende 2011 auf 33 Mio. Franken erhöhen. Der Grund für diese Entwicklung liegt beim tiefen Selbstfinanzierungsgrad von 53 %. Im Namen von Stadtrat Walter Müller bitte ich Sie, das Budget 2011 anzunehmen.

Aus den Erklärungen der RGPK und der Sachkommission habe ich einiges notiert und kann dazu grad sagen, dass wir in formaler wie auch zahlenmässiger Hinsicht das Optimum noch nicht erreicht haben. Wir werden alles daran setzen, einen akzeptablen Standard zu erreichen. Ich bin gerne bereit, im Rahmen der Präsidentenkonferenz im Detail nochmals darauf einzugehen. Die Ziele sind erkannt, und wenn wir die Details, die die Kommissionen gefunden haben, noch enger austauschen, können wir die Verbesserungen schneller erreichen.

Pause

Fortsetzung Eintretensdebatte

Renato Günthardt:

Die SVP-Fraktion kann sich der Rede des RGPK-Präsidenten in weiten Teilen anschliessen. Die Frage, ob wir dem Budget zustimmen sollen oder nicht, machten wir uns nicht einfach. Es gibt verschiedene Punkte, die gegen eine Annahme sprechen. Es sind dies:

Der Aufwand im Budget 2011 nimmt gegenüber dem Vorjahr um gut 3 Millionen Franken zu. Von klar ergriffenen Sparmassnahmen seitens des Stadtrates kann daher keine Rede sein. Bei den Steuern wird auf der anderen Seite eher vorsichtig budgetiert. Die Steuerzahler in den Neubaugebieten und auch der neue Finanzausgleich fallen bei den Berechnungen des Stadtrates offenbar noch nicht stark ins Gewicht. Es ist jedoch offensichtlich, dass der Stadtrat auch im letzten Jahr die Einnahmeseite zu pessimistisch budgetiert hatte, prognostiziert er für die Rechnung 2010 nun doch einen Gewinn von 2 Millionen Franken gegenüber einem budgetierten Minus von 1,112 Millionen Franken.

Ein weiterer Punkt, der negativ aufgefallen ist, sind die zahlreichen Fehler, die im Budget festgestellt werden mussten. Die Kommentare zu Abweichungen werden in gewissen Resorts offenbar nicht allzu ernst genommen. Teilweise führten Kommentare zu mehr Fragen als zu Antworten. Das darf in Zukunft nicht mehr sein. Auch das Layout wird von Seiten der SVP-Fraktion stark kritisiert und wir schliessen uns diesbezüglich der Kritik des RGPK-Präsidenten vollumfänglich an.

Es stellt sich also die Frage, ob eine Budgetrückweisung zum jetzigen Zeitpunkt opportun wäre. Die SVP-Fraktion hat sich nun einstimmig dazu entschlossen, dem Budget 2011 trotz der negativen Vorzeichen zuzustimmen. Wir bauen nun auf die unter dem nächsten Traktandum folgenden Globalbudget-Motionen, mit welchen deutliche Einsparungen im Hinblick auf das Budget 2012 erwirkt werden können. Wir hoffen, dass wir mit diesem Werkzeug, das uns nun im Rahmen der Globalbudgets zur Verfügung steht, die notwendige Wirkung erzielen können. Die SVP-Fraktion wird das Budget 2012 ohne signifikante Verbesserungen bei der Übersichtlichkeit, dem Layout und auch der Kommentare und Qualität sicherlich nicht mehr abnehmen. Wir warnen den Stadtrat davor, diese Wünsche des Parlaments auf die leichtfertige Schulter zu nehmen, denn die Unzufriedenheit ist wirklich gross und der Goodwill wird im Hinblick auf das Budget 2012 sicher nicht noch einmal so gross sein. Der Stadtrat ist auch angehalten, endlich eine Überprüfung aller Leistungen mit einem Gemeindevergleich vorzunehmen, um dadurch sowohl sich selber als auch dem Gemeinderat klare Facts für einen möglichen Leistungsabbau zu liefern. Der Stadtrat ist aus Sicht der SVP-Fraktion ganz klar in der Pflicht, für das Jahr 2012 ein – auch von den Zahlen her – besseres Budget zu präsentieren und somit auch deutliche Sparmassnahmen umzusetzen. Andernfalls wird auch unter diesem Gesichtspunkt eine Rückweisung des Budgets 2012 aus Sicht der SVP-Fraktion notwendig sein.

Unter den schlechten Vorzeichen, auch nach Sichtung des Finanzplanes, kann die SVP-Fraktion in diesem Jahr leider keine Steuersenkung beantragen oder unterstützen. Es wäre geradezu verantwortungslos, in der derzeitigen unsicheren Lage mit den anstehenden Investitionen und dem beängstigenden tief prognostizierten Selbstfinanzierungsgrad von 30 % den Steuerfuss senken zu wollen. Wenn im nächsten Jahr aber mehr Informationen

über die für Adliswil hoffentlich positiven Auswirkungen des neuen Finanzausgleiches und genauere Zahlen über das zu erwartende Steueraufkommen der neuen Einwohnerinnen und Einwohner vorhanden sind, werden wir einer Steuerfussenkung offen gegenüberstehen. Wir sind klar dafür, dass der Steuerfuss bis im Jahr 2014 wieder bei 104 % liegen muss. Gleichzeitig müssen aber, sowohl vom Stadt- wie auch vom Gemeinderat, durch gleichzeitige Sparmassnahmen ausgeglichene Rechnungen vorliegen. In Zukunft müssen die schwarze Null und ein tieferer Steuerfuss wieder mehr Priorität geniessen.

Carmen Marty Fässler:

Die SP-Fraktion konnte das Budget 2011 nicht so genau überprüfen, da viele Informationen zum Nachvollziehen fehlen. Die neue Form der Berichterstattung sowie die Globalbudgets in allen Ressorts erschweren es teilweise sehr, das Budget zu überprüfen. Teilweise resultiert für den Gemeinderat eine mangelhafte Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Die SP fragt sich, ob so überhaupt noch eine Prüfung durch den Gemeinderat stattfinden kann. Schliesslich ist das Budget für das Parlament ein wichtiger Kompass, um beurteilen zu können, ob der Stadtrat die Mittel richtig, umsichtig und vorausschauend einsetzen wird. Es ist wichtig, dass der Stadtrat langfristig gut plant und in ein attraktives Adliswil investiert. Deshalb bleibt uns mehrheitlich übrig, dass wir den Stadtangestellten das notwendige Vertrauen entgegenbringen und ihre tagtägliche Arbeit schätzen. Die SP Adliswil spricht den Mitarbeitenden der Stadt Adliswil ihren Dank aus. Die Verwaltungsangestellten wie auch alle anderen Mitarbeiter der Stadt setzen sich ein, dass in Adliswil in allen Bereichen effizient und erfolgreich gearbeitet wird. Neben den vielen Investitionen und Aufwänden kann aber hoffentlich der Selbstfinanzierungsgrad durch die Dietli-moos-Steuereinnahmen wieder gesteigert werden. Die SP wertet das als positive Tendenz. Wir bedauern, dass beim vorliegenden Budget nur ein minimaler Handlungsspielraum besteht und hoffen inständig, dass die Attraktivität der Stadt mindestens beibehalten - wenn nicht sogar gesteigert - werden kann, wie z. B. in den Bereichen der Bibliothek und des Hallenbades. Die SP-Fraktion wird dem Budget 2011 zustimmen.

Mario Senn:

Die Ausgabenseite ist relativ rasch abgehandelt: Wir haben hier im Juli der Exekutive die Ziele vorgegeben und die Leistungen bestellt. Die Globalbudgets wurden anschliessend erstellt. Für uns gibt es keine Gründe, diese Globalbudgets abzulehnen. Kostensteigerungen erfolgten v. a. durch höhere Personalkosten oder durch kantonale Vorgaben. Daneben sind substantielle Kostenverschiebungen durch die internen Verrechnungen entstanden. Die FDP-/EVP-Fraktion wird allen Globalbudgets zustimmen. Finanzvorstand Walter Müller sagte an der Budgetsitzung vom 9. Dezember 2009 zum Finanzplan 2009 - 2013, dass seit 2006 eine klare Trendwende in der Finanzpolitik erfolgte. Das ist richtig: Der Stadtrat hat damals begonnen, sehr viel vorsichtiger zu budgetieren. Das ist loblich und, wenn man auf die Jahre zuvor schaut, auch verständlich. Es scheint aber, als hätte der Stadtrat übers Ziel hinaus geschossen. Auf das Jahr 2008 wurden die Steuern von 104 auf 110 % erhöht. Für 2008 und 2009 zusammen wurden Steuern für beide Rechnungsjahre - Konto 4000 in der Finanzbuchhaltung; Steuern aus dem Rechnungsjahr - von 80'960'000 Franken budgetiert. Eingenommen wurden 84,498 Mio. Franken, also rund 3,5 Mio. Franken mehr als budgetiert. Das entspricht einer um 4,37 % zu pessimistischen Budgetierung. Ein Steuerprozent macht knapp 400'000 Franken pro Jahr

aus. Man darf sich fragen, ob die damalige Steuererhöhung um gleich 6 %-Punkte gerechtfertigt war. Dies umso mehr, wenn man das Budget 2011 liest: Auch im Jahr 2010 werden die Steuererträge das Budget übertreffen (S. 8). Aus dem budgetierten Verlust von 1,1 Mio. Franken soll 2010 gemäss aktuellen Zahlen sogar ein Gewinn von 2 Millionen resultieren. Also wieder 3 Mio. Franken zu pessimistisch. Es gibt für uns keine Anhaltspunkte, dass auch beim vorliegenden Budget nicht zu tief geschätzt wurde. Sonst wäre das ein Paradigmawechsel von sehr bescheidener zu etwas optimistischerer Budgetierung, und das hätte uns der Stadtrat sicher kommuniziert. So pessimistisch sind wir von der FDP-EVP-Fraktion aber nicht - Optimismus ist bekanntlich eine liberale Eigenschaft.

Deshalb kommen wir zum Schluss, dass es Adliswil vertragen mag, die Steuern moderat zu senken. Wie erwähnt, hat der Stadtrat seit der Steuererhöhung 2008 und 2009 um 4,37 % zu wenig selbstbewusst budgetiert. Wir schlagen nun vor, diesen Pessimismus um knapp 30 % zu reduzieren. Wir beantragen Ihnen deshalb, den geschätzten einfachen Staatssteuerertrag - Antrag 2.19 des Stadtrates - um 1,2 % zu erhöhen und auf 41'400'000 Franken zu schätzen. Gleichzeitig beantragen wir Ihnen, den Gemeindesteuerfuss auf 108 % festzulegen - Antrag 2.20 des Stadtrates. Damit werden die gleichen Erträge erzielt wie mit der stadträtlichen Schätzung. Das budgetierte Defizit bleibt unverändert. Lassen Sie sich nicht von der allzu pessimistischen Voraussage des Stadtrates beeindrucken und setzen Sie mit uns ein Zeichen. Die Tendenz bei den Steuern muss ganz klar nach unten gehen. Ich bitte Sie, unsere Anträge zu unterstützen.

Der Ratspräsident hält fest, dass nun drei Änderungsanträge der RGPK und zwei Anträge der FDP-/EVP-Fraktion vorliegen, über diese im Abstimmungsteil zuerst abgestimmt würden.

Davide Loss:

„New Public Management, so wird immer gesagt, fördert die Transparenz und das Kostenbewusstsein. Doch durch das Einführen von Globalbudgets und das Abschaffen der Detailberatung des Budgets, verliert das Parlament an Einfluss in der finanziellen Detailplanung. Dies kann nur durch das Setzen von griffigen Wirkungszielen kompensiert werden. Genau dies aber fehlt. Im Detailbudget können sowohl die RGPK als auch die Fraktionen jeden Posten beurteilen und, wenn angebracht, kritisch hinterfragen. Zusammen mit dem Stellenplan ist es möglich, sich ein klares Bild über Vorgänge und Situationen in der Verwaltung zu machen. Somit kann das Parlament seine Kontroll- und Steuerungsaufgaben wahrnehmen. Im Globalbudget sieht der Gemeinderat aber keine Details mehr, sondern lediglich den Netto-Aufwand als eine Zahl. Ob das Zahlenmaterial in Ordnung ist, kann grundsätzlich nicht überprüft werden. Eine konkrete Beziehung zwischen der Wirkung und dem Netto-Aufwand kann nicht konstruiert werden, was heisst, dass das Parlament nicht weiss, was es für das gesprochene Geld erhält. Der Informationsgehalt ist zu gering, als dass der Gemeinderat seine Kontrollaufgabe wahrnehmen könnte. In der Praxis bleiben die Wirkungsziele damit vage Absichtserklärungen. Dadurch wird auf zentrales Steuerungselement der wirkungsorientierten Verwaltung verzichtet. Genau diese Situation haben wir in Adliswil. Die Ziele der Vergangenheit werden oft in die Zukunft übertragen. Das Controlling auf der Wirkungsebene funktioniert absolut nicht und die im Steuerungsprozess zu führende Diskussion findet nicht statt. In der Wirtschaft ist es normal und absolut zwingend, dass ein Projektbudget erstellt und eine Projektrechnung geführt wird. In unserer Gemeinde ist von all diesem nichts vorhanden. Es

ist effektiv unverständlich, dass der Stadtrat von Adliswil ein Projekt völlig plan- und konzeptlos abwickelt. Nie kann belegt werden, wie viel Geld der Stadtrat für dieses Projekt ausgibt.“ Diese Worte stammen nicht von mir, sondern vom Alt-Gemeinderat Kurt Frei. An Aktualität und Brisanz haben sie seither kein bisschen eingebüsst. Damals wurde Alt-Gemeinderat Frei für seine Worte belächelt. Als „Sozi“, der von alldem keine Ahnung hat, wurde er betitelt. Die SP-Fraktion bewunderte stets seinen Mut, sich gegen dieses für Adliswil schädliche Projekt "Führung und Steuerung" eingesetzt zu haben. Und ich glaube, er behielt Recht mit seinen Analysen. Der Stadtrat legt uns ein Budget vor, das wir schlicht nicht prüfen können. Darüber hinaus ist nicht einmal der gesamte Finanzhaushalt darin enthalten. Wir können also heute Abend nur über einen Teil des effektiven Budgets beraten. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, mir ist mehr als unwohl dabei, wenn ich dieses Budget zur Abwendung weiteren Schadens für Adliswil durchwinken muss.

Wir haben bereits Unmengen Geld in das vom Stadtpräsidenten so hoch gelobte Projekt „Führung und Steuerung“ gepumpt, Geld, das uns bei der Schulsozialarbeit und bei den zukünftigen Schulhausbauten fehlt. Nicht ein einziges Mal hat uns der Stadtrat offen gelegt, wie viel das System "Führung und Steuerung" kostet. Sagen Sie einmal ganz ehrlich, wie viel der Kontroller mit Hochschulabschluss wirklich verdient und wie viel uns die externen Beratungen und der Zusatzaufwand der Verwaltung für das Erstellen der doppelten Buchhaltung kosten. Der Stadtrat hat uns versichert, dass das System "Führung und Steuerung" unsere Einflussmöglichkeiten vergrössern würde. Das Gegenteil ist eingetroffen. Herr Stadtpräsident, meine Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte, Sie haben dem Gemeinderat die Finanzhoheit als eines der wichtigsten Instrumente aus der Hand genommen. Sie verunmöglichen es dem Gemeinderat mittels zahlreicher unverständlicher und unklarerer Tabellen, die Finanzhoheit zu bewahren. Sie haben diese an sich gerissen. Es ist an der Zeit, mit dem unsinnigen und Kosten treibenden System "Führung und Steuerung" aufzuhören und das Geld dort zu investieren, wo es wirklich gebraucht wird: für unsere Kinder und zum Wohl von Adliswil.

Daniel Frei:

Das, was Yannick Wettstein gesagt hat, deckt zum grössten Teil auch das Denken der Fraktion der Freien Wähler. Zum Antrag „Senkung des Steuersatzes“: Ja, grundsätzlich gefällt mir liberaler Optimismus. Eine Steuersenkung von 110 auf 108 % macht jedem Freude, denn es trifft alle. Wenn Senkungen möglich sind, soll man dies auch machen. Wenn in den letzten Jahren zu pessimistisch budgetiert worden ist und die laufende Rechnung zeigt, dass wir einen Ertragsüberschuss haben werden, dann ist das erfreulich. Was mir aber fehlt, ist die mittelfristige Bestätigung für die zu pessimistische Budgetierung. Unsere Fraktion sieht die Steuerfussenkung als zu verfrüht, sind aber jeder Zeit bereit, bei entsprechender Bestätigung eine Steuerfussenkung in Angriff zu nehmen.

Roger Neukom:

Ich bin erstaunt und erfreut, dass sich plötzlich die SP um die Hochschulabsolventen in der Stadtverwaltung kümmert. Ich erinnere daran, dass das Postulat zu diesem Thema vom Alt-Gemeinderat und heutigem Stadtpräsident Harald Huber und mir vor ein paar Jahren von der SP nicht unterstützt wurde, sonst hätten wir heute mehr Transparenz, und Davide Loss müsste sich heute nicht darüber ärgern, dass so viele Leute mit Hochschulabschluss in der Stadtverwaltung die Finanzen und die Steuerung kontrollieren. Der Ge-

meinderat wollte „Führung und Steuerung“ - akzeptiert doch die Demokratie und arbeitet sachlich mit, so wie man das sonst von euch gewohnt ist.

Rita Schmid:

Zum Antrag auf Steuersenkung: Wir haben gehört, dass Optimismus ein liberaler Wert sei. Ich habe die Geschichte der FDP und ihre historische Rolle, die sie im 19. Jahrhundert und weit bis in die Achtzigerjahre gehabt hat, immer sehr bewundert, denn sie hat das System Schweiz entworfen, und es hält immer noch. Wenn nur ein Teil dieser FDP heute noch vorhanden wäre, dann wäre es einfacher zu politisieren. Werte der FDP sind Eigenverantwortung, unternehmerisches Denken und schauen auf die Wirklichkeit. Wo bleibt die Eigenverantwortung, wenn man irgendeine abstruse Modellrechnung aufstellt, wie man den Steuerfuss senken könnte, um nachher mehr Geld in der Kasse zu haben. Das ist ideologische Schaumschlägerei und hat nichts mit Eigenverantwortung und echtem Optimismus zu tun. Es tut mir leid, oder vielleicht auch nicht so, dass dies hier mein letztes Votum nach einer 13-jährigen Erfahrung ist.

Farid Zeroual:

Zum Antrag der FDP betreffend Steuerfussenkung meint die CVP-Fraktion: Der RGPK-Präsident wie auch Mario Senn haben darauf hingewiesen, dass sich Adliswil mitten in einer Expansionsphase befindet und dass Investitionen unumgänglich sind. Unsere Finanzsituation ist so, dass wir Schulden machen müssen – das hat auch der Stadtpräsident ausgeführt. Ich meine aber, man sollte mit einer Steuerfussenkung das Finanzpolster nicht weiter schmälern, und auf Kosten der jungen zukünftigen Adliswilerinnen und Adliswiler expandieren. Die Generation, die jetzt Entscheidungen fällt, soll den Steuerzahlenden vielleicht eine unbequeme Botschaft überbringen, und sagen: „Wir übernehmen Verantwortung und wollen den Steuerfuss auf 110 % belassen.“

Detailberatung und allgemeine Fragestunde

Der Ratspräsident informiert, dass zuerst allgemeine Fragen behandelt werden, dann das Budget 2011 und dort die spezifischen Fragen und ggf. Anträge an den entsprechenden Stellen.

Allgemeine Frage von Roger Neukom:

In Adliswil gibt es – unter anderem auch im Zentrum – eigentliche Problemliegenschaften. Neben dem zwangsläufig sehr subjektiven ästhetischen Aspekt, bringen solche Problemliegenschaften auch eine ungesunde Häufung prekärer Wohnsituationen mit sich. Die Bildung Ghetto-ähnlicher Zustände ist zu vermeiden. Was unternimmt der Stadtrat bzw. das Ressort Bau und Planung in solchen Fällen? Welche baupolizeilichen Mittel stehen dabei zur Verfügung?

Stadträtin Astrid Romer:

Was kann eine Problemliegenschaft ausmachen? Es sind ästhetische Aspekte, die das Stadtbild beeinträchtigen können, z. B. an der Einfallsachse, wo man sagen kann, es ist ein Problem, wenn sich unsere Visitenkarte nicht von der besten Seite präsentiert. Es kann eine vergammelte Liegenschaft sein, die zu zusätzlichem Littering oder Vandalismus

führt. Es kann eine Liegenschaft sein, die zu gesundheitlichen Schäden führen kann, wenn sie nicht in Stand gestellt ist oder wenn sie Besitzer und Besitzgüter bedroht. Eine Problemliegenschaft kann aber auch ein Gebäude sein, das nicht zonenkonform genutzt wird. Für ein behördliches Einschreiten braucht es eine gesetzliche Grundlage, ein rechtsgenügendes öffentliches Interesse und Verhältnismässigkeit. Alle drei Voraussetzungen müssen bei Grundrechtseinschränkungen kumulativ gegeben sein. Man kann auch nicht aus finanziellen oder sozialpolitischen Interessen Einschränkungen der Eigentumsfreiheit rechtfertigen. Es gibt verschiedenen Paragraphen aus dem Bau- und Planungsgesetz, u. a. § 228, der ein Vorgehen von baurechtlicher Seite beschreibt, u. a. die Pflicht zum Unterhalt von Bauten. Eine Liegenschaft muss so unterhalten sein, dass weder Personen noch das Eigentum Dritter gefährdet ist. Wenn z. B. die elektrischen Anlagen nicht korrekt installiert sind, können Personen wegen Stromschlag gefährdet sein. Oder wenn die Dachrinne Löcher hat, so dass Wasser auf den Gehweg tropft und dieses bei kalten Temperaturen gefrieren kann, besteht die Gefahr, dass Fussgänger stürzen. Oder wenn die Gefahr besteht, dass Ziegel oder Dachteile auf Menschen fallen können. Solche Beispiele können moniert werden. Aber wenn z. B. ein Hauseigentümer ein Netz um die Fassade spannen würde, um mit herab fallenden Teilen Personen nicht zu gefährden, würde das zwar nicht unseren ästhetischen Vorstellungen entsprechen, aber wenn die Gefahr behoben ist, muss das so akzeptiert werden. Fachleute teilen die Meinung, dass die gesetzlichen Grundlagen für ein Einschreiten relativ schwach sind. Es gibt noch den Paragraph 8f der Besonderen Bauverordnung I, der Anforderungen an die Wohnhygiene beschreibt, was ggf. auch noch Möglichkeiten für ein Einschreiten bietet.

Der Stadtrat kennt die Problemliegenschaften, wir haben diese schon mehrfach diskutiert. Wir haben eine Arbeitsgruppe gebildet, die schon wiederholt mögliche Massnahmen geprüft hat, und es hat auch einzelne Handlungen gegeben. Wie werden auch weiterhin ressortübergreifend zusammenarbeiten, um so Verbesserungen zu erreichen. Gemäss Information des Ressorts Soziales hat es in solchen Liegenschaften mehr Sozialhilfebezüger, weil es sehr günstige Wohnungen sind. Das Ressort Soziales kann aber nicht einfach eingreifen und sich um die Mietverhältnisse kümmern. Auch Sozialhilfebezüger entscheiden selbst, wie und wo sie wohnen. Das Ressort Soziales bemüht sich aber darum, gegebenenfalls entsprechende Ermächtigungen zu erhalten, um so die Interessen gegenüber den Vermietern zu vertreten. Dabei ist manchmal die Angst von den Mieterinnen und Mietern, dass sie ihre Wohnung verlieren könnten, hinderlich.

Roger Neukom:

Besten Dank für die ausführliche Antwort. Gut, dass sich der Stadtrat damit schon beschäftigt hat. Noch lieber wäre mir, er würde mit den baupolizeilichen Mitteln handeln. Was mich noch interessiert: Wenn keine Gefährdung vorhanden sein darf, gibt es eine limitierte Anzahl Personen, die z. B. in einer 3-Zimmerwohnung wohnen darf, denn wenn z. B. acht Leute darin wohnen, entstehen auch Gefahren. Dass man Netze um Häuser spannen darf, glaube ich nicht, ich werde das gerne mal mit Alois Ebnöther besprechen.

Allgemeine Frage von Ueli Gräflein:

Ich beziehe mich auf die im Stadtbrief 03/2010 erwähnten Legislaturziele 2010 – 2014, im speziellen auf Punkt 2 „Wohnen und Leben im Alter“. Adliswil weist mit 19 % einen überdurchschnittlichen hohen Anteil an über 65-jährigen Einwohnerinnen und Einwohner

auf. Der Stadtrat will sich deshalb intensiv mit Projekten zum „Wohnen und Leben im Alter“ befassen:

- Aufbau von Quartierstützpunkten
- Eigeninitiative und Freiwilligenarbeit
- Schaffung neuer Pflegeplätze

Bestehen bereits Pläne und Konzepte, wo Quartierstützpunkten und Pflegeplätze untergebracht werden können? Hat der Stadtrat geprüft, ob die städtischen Liegenschaften anstatt verkauft - siehe Finanzplan 2010 - 2014 umgenutzt werden können?

Stadträtin Susy Senn:

Zur 1. Frage: Ja. Ich nehme an, dass weitere Infos gewünscht sind. Deshalb benutze ich die Gelegenheit, über den Stand des Quartierprojekts, das sich in der Entwicklungsphase befindet, zu berichten. Mit ersten Entscheiden dazu in Stadt- und Gemeinderat ist im Frühling 2011 zu rechnen. Die Arbeitsgruppe Altersstrategie hat durch die Gemeinwesenarbeit der Pro Senectute einen Konzept- und Realisierungsplan erarbeiten lassen, um einen Quartierentwicklungsprozess zu initiieren. Für die Quartierentwicklung wird der Fokus darauf gelegt, dass es für betagte Menschen möglich werden soll, auch mit Beschwerden möglichst lange selbständig im Quartier leben zu können. Dies in Anbetracht der Tatsache, dass ambulante Massnahmen in jedem Fall stationären Lösungen vorzuziehen sind. Dies entspricht einem Bedürfnis der heutigen Betagten und ist auch finanziell interessant. Es soll einerseits ein Quartierstützpunkt als Anlaufstelle errichtet werden, um einen niederschweligen Zugang zu ermöglichen und jemanden vor Ort zu haben, der sich um Anliegen der älteren Menschen kümmert. Daneben soll auch eine Beteiligung und Vernetzung der dort lebenden Menschen gefördert werden. Bereits vorhandene Strukturen, Angebote und Akteure werden erfasst und miteinbezogen. Die Arbeitsgruppe Altersstrategie hat zusammen mit dem Konzeptverantwortlichen der Pro Senectute verschiedene Alternativen für ein erstes Quartier geprüft und sich kürzlich für das Quartier zwischen Rellstenstrasse, HVS und Oberleimbach entschieden. Dort ist ein Entwicklungsbedarf sichtbar, zudem ist das Quartier von der Bevölkerungsstruktur her gut durchmisch, auch ältere Menschen leben dort. Ein Quartierstützpunkt könnte relativ leicht errichtet werden. Im Rahmen des Quartierentwicklungsprozesses sollen auch Eigeninitiative und freiwilliges Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers gefördert werden. Dabei ist die Förderung der Freiwilligenarbeit in der Arbeitsgruppe Altersstrategie ein grosses Thema, nicht zuletzt auch aus Kostengründen. Es wird geprüft, inwiefern die langjährigen Erfahrungen der Kirchen wie auch der Pro Senectute mit freiwilligem Engagement für eine Ausweitung genutzt werden können. Aber auch das Potenzial der „Jungrentner“, die sich gerne für die Allgemeinheit engagieren wollen, soll genutzt werden. Um dem steigenden Bedürfnis an Pflegeplätzen gerecht zu werden, soll in den kommenden Monaten der Entscheid zur Errichtung einer weiteren Pflegewohngruppe als Aussenstelle des Alters- und Pflegeheims im „Wohnen am Bad“ vor Gemeinderat und Volk gelangen. Weiter sind Leistungsvereinbarungen mit privaten Anbietern sowie Heimen in umliegenden Gemeinden zu prüfen. Mittel- bis langfristig ist die Vernetzung mit anderen Gemeinden geplant, um allenfalls regionale Lösungen zu erarbeiten.

Zur 2. Frage: Die alten Stadthausliegenschaften sind in einem sanierungsbedürftigen Zustand und würden für eine halbwegs brauchbare Nutzung Millionen verschlingen. Für Wohnen und Leben im Alter würde das noch einen grösseren Investitionsbedarf bedeu-

ten, da Altliegenschaften zu behindertengerechten Wohnung umzubauen sehr aufwändig ist. Der zentrale Standort ist aber für Alterswohnungen sehr attraktiv. Beim Verkauf des Stadthausareals werden den Investoren Vorgaben gemacht, und dabei sind auch Wohnungen - im Sinne von Mehrgenerationenhäusern - für Leben im Alter vorgesehen.

Detailberatung

Seite 2 - 17: keine Wortmeldungen

Seite 18, Clemens Ruckstuhl: In der Rechnung 2009 beträgt der Aufwand für die Kultur 475'000 Franken, im Budget 2010 414'000 Franken und im Budget 2011 427'000 Franken. Ich habe gehört, dass der seit zehn Jahren bestehende Jahresbeitrag für den Weihnachtsmarkt bzw. fürs Stadttheater und die Krippe fürs 2011 gestrichen wurde, und dass deshalb das Stadttheater die Weihnachtsgeschichten nicht mehr realisieren kann. Von 2010 auf 2011 haben wir jedoch eine Budgeterhöhung. Frage: Ist der Unterstützungsbeitrag ans Stadttheater bzw. den Weihnachtsmarkt 2011 gesichert oder nicht?

Stadtpräsident Harald Huber:

Der Stadtrat hat entschieden, 2011 den Beitrag von insgesamt Fr. 9'000.-- an den Weihnachtskalender nicht mehr auszurichten, weil auch der Kanton seinen Beitrag von Fr. 3'000.-- nicht mehr spricht. D. h., wir hätten statt Fr. 6'000.-- zukünftig Fr. 9'000.-- zu bezahlen gehabt. Ein weiterer wesentlicher Grund für die Streichung ist, dass die Zuschauerzahlen des Weihnachtskalenders nach unseren Erfassungen markant zurückgegangen sind. Darüber hinaus haben wir zusammen mit Kamil Krejčí vom Stadttheater feststellen müssen, dass sich auch private Sponsoren in den letzten Jahren zurückgezogen haben, und es so finanziell immer enger wurde. Der Weihnachtskalender hat zehn Jahre lang vielen Leuten Freude bereitet, aber das Interesse ist nach und nach gesunken. Wir wollen nun diesen Betrag für etwas anderes einsetzen. Wofür, kann ich im Moment nicht sagen, ich werde dies aber gerne an der nächsten Sitzung beantworten.

Clemens Ruckstuhl:

In dem Falle stelle ich den Antrag, das Budget „Kultur“ um Fr. 9'000.-- zu erhöhen. Der Weihnachtsmarkt, zusammen mit den Weihnachtsgeschichten des Stadttheaters war im Dezember ein wesentlicher Bestandteil unseres Stadtlebens. Es war auch immer ein beispielhaftes Gemeinschaftswerk von den drei P's - Public, Private, Partnership. Die Gesamtorganisation wurde durch den Handwerk- und Gewerbeverein mit seinen zahlreichen freiwilligen Helfern bewerkstelligt und beinhaltete u. a.:

- Organisation des Chlausumzuges mit den Wagenbauern, Näherinnen der Kinderkleider der Umzugssujets, Kläusen und Schmutzlis, Treichlerträgern, Geiselchöpfern, den mitwirkenden Kindern
- Organisation der Bauten auf dem Bruggenplatz mit Aufbau der Holzhäuser, Aufbau des Festzeltes, Installation der Heizung, Installation der Sanitär- und Elektroanschlüsse
- Organisation der Festwirtschaft mit allen Personen für den Aufbau der Logistik, mit allen Personen, die vor und hinter dem Buffet und an der Bar während dem ganzen Anlass beschäftigt sind - dieses Jahr stellten sich erfreulicherweise sogar einige Stadtratsmitglieder zur Verfügung

- Organisation der Weihnachtsgeschichte mit dem Regisseur und den Schauspielenden, Kostüme der Schauspieler, Material für die Krippe und die Figuren, Betreuung der ganzen Anlagen, und nicht weniger als 75 Sponsoren, die speziell die Weihnachtsgeschichte unterstützten
- Organisation der Standbetreiber wie Vereine, Serviceclubs, Detaillisten und Gewerbetreibende, Privatpersonen mit kreativen Ideen

Ich weiss nicht, was man unter PPP noch mehr machen kann. Jetzt ist vorgesehen, diesen Anlass sterben zu lassen. Ich bin kein Freund von zusätzlichen Ausgaben. Aber dieser Betrag ist für eine Initialinvestition, die ganz viele Folgeinvestitionen auslöst und unser Stadtleben prägt, zentral. Eigentlich müsste dieser Betrag im Kulturbudget von Fr. 427'000.-- Platz haben. Weil wir das nicht näher prüfen können, stelle ich den Antrag, das Kulturbudget um Fr. 9'000.-- zu erhöhen. Ich danke für die Unterstützung.

Roger Neukom: Es ist bedauernd, wenn nach zehn Jahren etwas beendet wird. Clemens, du hast jedoch das Krippenspiel mit dem Weihnachtsmarkt stark verknüpft. Der Weihnachtsmarkt wird weiterhin stattfinden, auch wenn das Stadttheater nicht mehr auftritt. Aber die Besucherzahlen gingen massiv zurück; ich war mit meinen Kindern x-Jahre dort und musste das feststellen. Es ist zu prüfen, ob man nicht einer anderen Organisation eine Chance geben möchte, etwas Neues zu initiieren. Ich bin seit rund acht Jahren Sponsor vom Stadttheater. Was mich etwas gestört hat, war, dass immer ein gewisser Druck seitens des Stadttheaters kam. Im Übrigen meine ich, dass wir nicht bestimmen können, ob das Stadttheater weiterhin unterstützt werden soll. Wir können zwar das Kulturbudget um Fr. 9'000.-- erhöhen, aber die Verwendung liegt in der Kompetenz des Stadtrates, und somit kann ich diesen Antrag nicht unterstützen. Zudem hat der Weihnachtsmarkt noch andere Probleme: Wir hatten auch dieses Jahr sieben Stände weniger. Wir müssen schauen, dass wir die Standplätze wieder besetzen können. Die Herausforderung ist, dass wir uns mit dem Adliswiler Weihnachtsmarkt neben den Weihnachtsmärkten Sihlcity und Hauptbahnhof, die einen ganzen Monat dauern, behaupten können. Viele, die etwas verkaufen wollen, gehen an die Zürcher Märkte. Die Freiwilligenarbeit schätze ich selbstverständlich sehr, und es ist auch äusserst verdankenswert.

Beschluss zum Antrag von Clemens Ruckstuhl:

Ablehnung mit 21 : 12 Stimmen.

Seite 19 - 43: keine Wortmeldungen

Seite 43, Clemens Ruckstuhl: Der Lebernhügelweg ist ein normaler Fussweg mit Fahrverbot oberhalb der Gartenstrasse, angrenzend an die Neubaugebiete Leberndietlimoos. Der Zustand gleicht einem Acker, weil auf diesem Weg schwere Lastwagen fahren. Ist der Stadtrat sich dieses Zustandes bewusst?

Stadtrat Patrick Stutz:

Ich kenne den jetzigen Zustand nicht, ich nehme die Frage mit und beantworte sie gerne an der nächsten Sitzung.

Seite 44 - 46: keine Wortmeldungen

Seite 47, Clemens Ruckstuhl: Wir haben letztes Jahr für ein Monitoring für die Trinkwasserversorgung einen Kredit bewilligt. Wie ist der aktuelle Stand?

Stadtrat Patrick Stutz: Das Projekt ist soweit abgeschlossen, die Arbeitsvergaben sind erfolgt, die Umsetzung wird in den nächsten Monaten stattfinden. Zwischenzeitlich wurde gemäss Auftrag des Gemeinderates noch abgeklärt, ob auch andere Anbieter die Kontrolle übernehmen würden. U. a. haben wir die Wasserversorgung Zürich angefragt, diese hat jedoch ablehnend geantwortet.

Seite 48 - 71a: keine Wortmeldungen

ab Seite 71b, Produktegruppe Bildung, Peter Werder: Es geht um Bauvorhaben der Schule. In der NZZ vom 15.11. und 4.12. wurde ausführlich berichtet, wie vorbildlich die ZIS im 2008 gebaut worden ist. U. a. war zu lesen, dass der Quadratmeterpreis - die Rede war von Fr. 2'300.-- z. T. halb so tief war wie bei vergleichbaren Bauten in der Stadt Zürich. In den erwähnten Berichten wurde z. B. die Bautechnik und Projektleitung erwähnt. Es wurde vor allem auch darauf hingewiesen, dass man mit gewissen Sachen zwei Funktionen erfüllen kann, z. B. Akustik, Garderobenschränke, Brandschutz usw. Ich habe nun folgende Fragen:

- Hat die Schule Kontakt mit der ZIS, sucht man den Kontakt im Sinne eines Benchmarktes, schaut man, ob man davon lernen kann, wie die ZIS gebaut worden ist?
- Wenn ja, wie sieht so ein Kontakt aus, und gibt es schon Ergebnisse, die auf unsere Bauvorhaben übertragen werden können?
- Wenn nein, warum nicht, und ist so etwas geplant?

Schulpräsidentin Rita Rapold: Der Kontakt findet statt. Es wurde eine Analyse gemacht, und es gibt ein Papier dazu. Ich stelle Ihnen dieses gerne zu.

Seite 83 - 97: keine Wortmeldungen

Der Ratspräsident informiert, dass zuerst die Änderungsanträge der RGPK und der FDP-/EVP-Fraktion zur Abstimmung gelangen, und danach die Anträge des Stadtrates.

Beschlüsse

Antrag der RGPK:

Reduktion des Globalbudgets 2011 der Produktegruppe Soziale Aufgaben um 252'000 Franken auf neu 16'728'200 Franken:

Zustimmung.

Antrag der RGPK:

Reduktion des Globalbudget-Nettoaufwandes der Produktegruppe Bildung um 116'300 Franken auf neu 28'830'200 Franken:

Zustimmung.

Antrag der RGPK:

Reduktion des Aufwandüberschusses auf neu 1'472'700 Franken:

Zustimmung.

Antrag der FDP-/EVP-Fraktion:

Erhöhung des einfachen Staatssteuerertrages auf neu 41'400'000 Franken:

Ablehnung mit 27 : 8 Stimmen.

Antrag der FDP-/EVP-Fraktion:

Festlegung des Steuerfusses auf 108 %:

Ablehnung mit 28 : 7 Stimmen.

Beschlüsse zu den Anträgen des Stadtrates unter Berücksichtigung der diesbezüglich gefassten Beschlüsse in der Detailberatung:

7.1 Das Budget 2010 wird vorbehältlich der Annahme der Ziffer 2.16 bis 2.18 unter Berücksichtigung der diesbezüglich gefassten Beschlüsse in der Detailberatung festgesetzt:

Zustimmung.

7.2 Alle Globalbudgets - Ziffern 2.2 bis 2.15 - werden unter Berücksichtigung der diesbezüglich gefassten Beschlüsse in der Detailberatung bewilligt:

Zustimmung.

7.3 Für die wiederkehrenden Kosten durch externe Mitarbeiter in der Informatik wird zu Lasten des Konto 061.3180.00 „Dienstleistungen Dritter„ ein jährlich wiederkehrender Kredit im Betrag von 190'000 Franken bewilligt:

Zustimmung mit 20 : 11 Stimmen.

7.4 Die zusätzlichen Abschreibungen im Bereich Abwasserbeseitigung von 500'000 Franken werden bewilligt:

Zustimmung.

7.5 Die zusätzlichen Abschreibungen im Bereich Wasserwerk von 500'000 Franken werden bewilligt:

Zustimmung.

7.6 Der einfache Staatssteuerertrag (100 %) wird auf 40'900'000 Franken geschätzt:

Zustimmung.

7.7 Der Gemeindesteuerfuss wird auf 110 % festgesetzt:

Zustimmung.

7.8 Der budgetierte Aufwandüberschuss von 1'841'000 Franken wird gemäss der diesbezüglich gefassten Beschlüsse in der Detailberatung angepasst (neu 1'472'700 Franken) und dem Eigenkapital belastet:

Zustimmung.

8. zwei Globalbudget-Motionen von der Sachkommission und fünf von den Fraktionen FDP-EVP, FW und SVP

Der Ratspräsident informiert, dass

- das Büro alle Globalbudget-Motionen für motionsfähig befunden hat
- jede Motion einzeln behandelt wird.

Globalbudget-Motion betr. Produktegruppe Versorgung

Harry Baldegger stellt die von der Sachkommission am 17. November 2010 eingereichte Globalbudget-Motion (GB-Motion) vor:

„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Beschlussentwurf zur Änderung des Ziels 1 „Wasserversorgung“ der Produktegruppe Versorgung vorzulegen, der folgende Änderung umfasst:

Der Stadtrat stellt sicher, dass rund um die Uhr spätestens 30 Minuten nach Eingang einer Schadensmeldung vor Ort geeignete Massnahmen zur Schadensbehebung ergriffen werden.

Begründung: Zu einer sicheren und qualitativ hochstehenden Wasserversorgung gehört auch, dass bei einer Schadensmeldung schnellstmöglich Gegenmassnahmen ergriffen werden. Dies kann z. B. die Abschaltung der betroffenen Leitungen oder die Alarmierung weiterer Kräfte sein. Die Reaktionszeit ist zudem entscheidend, um die Höhe der Folgeschäden möglichst klein zu halten. Gegenwärtig wird dem Stadtrat kein Ziel vorgegeben, bis wann solche Interventionen zu erfolgen haben. Dies soll aufgrund dieser Globalbudget-Motion geändert werden.“

Stadtrat Patrick Stutz:

Der Stadtrat nimmt diese GB-Motion gerne entgegen und wird entsprechend Bericht und Antrag erstatten.

Da weder eine Diskussion benützt noch eine Ablehnung vom Stadtrat oder Gemeinderat beantragt wird, gilt die Motion als überwiesen.

Globalbudget-Motion betr. Produktegruppe Bildung

Die Sachkommission hat am 17. November 2010 folgende GB-Motion eingereicht:

„Die Schulpflege wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Beschlussentwurf für eine Änderung des Globalbudget-Betrages vorzulegen, so dass der Kostendeckungsgrad des Ziels 6.1 „Betreuung“ mindestens 50 % beträgt.

Begründung: Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 17. Dezember 2008 seinem Willen Ausdruck gegeben, den Kostendeckungsgrad auf mindestens 50% zu setzen. Diesem Beschluss kommt diese Globalbudget-Motion nach.“

Mario Senn, zur Begründung:

Die Sachkommission hat bereits im Juli beantragt, den Kostendeckungsgrad des Ziels 6.1 „Betreuung“ im Budget 2011 auf mind. 40 % festzusetzen. Gleichzeitig wurde in der Begründung zum damaligen Antrag erwähnt, dass der Wille des Gemeinderates aus dem Jahr 2008 – der Kostendeckungsgrad auf 50 % anzuheben – mittelfristig umzusetzen sei. Die vorliegende GB-Motion ist die Folge von mehrmals bestätigten Ratsbeschlüssen. Die Sachkommission empfiehlt Ihnen einstimmig, der GB-Motion zuzustimmen.

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Die 10 %ige Erhöhung des Kostendeckungsgrades wird zirka 100'000 Franken ausmachen. Wir nehmen die Motion entgegen und werden Ihnen darlegen, was das heisst.

Barbara Häberli:

Alle Kinder sollen die gleichen Möglichkeiten haben, die Betreuungsangebote sollen für alle finanzierbar sein. Die vorgeschlagene Erhöhung von 40 % auf 50 % bedingt eine Erhöhung der Einnahmen um zirka 100'000 Franken. Dies kann nur durch Erhöhung der Elternbeiträge erfolgen, was vor allem für tiefere Einkommensschichten möglicherweise nicht tragbar ist. Ein Leistungsabbau ist für uns ebenfalls kein Thema. Aus diesem Grund wird die SP-Fraktion einer Überweisung dieser Motion nicht zustimmen.

Beschluss

Die GB-Motion von der Sachkommission betr. der Produktgruppe Bildung wird an die Schulpflege zur Berichterstattung und Antragstellung überweisen:

Zustimmung.

Globalbudget-Motion betr. Jugendarbeit

Die Fraktionen FDP/EVP, FW und SVP haben am 19. November 2010 folgende GB-Motion eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat im Hinblick auf das Budget 2012 einen Entwurf zur Änderung des Globalbudgets des Ziels 3 der Produktgruppe „Jugend und Sport“ vorzulegen, so dass die Nettokosten ohne interne Verrechnungen 200'000 Franken nicht übersteigen.

Begründung: Im Bereich der Jugendarbeit existiert eine Vielzahl von staatlichen wie auch privaten Initiativen und Programmen. Dies ist auch in Adliswil nicht anders. Daraus ergibt sich ein unübersichtlicher Dschungel von Angeboten – Synergiepotential bleibt ungenutzt. Daneben hat staatliche Jugendarbeit die Eigenschaft, private Initiativen zu verdrängen und Anreize zur Selbstverantwortung zu reduzieren. Die städtische Jugendarbeit soll deshalb Synergien ausnutzen und sich auf Bereiche, die von anderen Stellen vernachlässigt werden, konzentrieren. Dazu gehört z.B. die aufsuchende Jugendarbeit.“

Mario Senn, zur Begründung:

Zum ersten Mal werden Einsparungen verbindlich nicht für das unmittelbar folgende Jahr gefordert, sondern für das übernächste. Die Exekutive erhält damit genügend Zeit, die

geforderten Änderungen umzusetzen. Das manchmal allzu schnell vorgebrachte Schutzargument „verpflichtender Verträge“ oder „gebundener Ausgaben“ sticht dabei nicht mehr. Man kann eben doch steuern mit den Globalbudgets, sogar noch besser als vorher. Die vorliegenden GB-Motionen sehen substantielle Einsparungen vor. Das noch immer bestehende und auch weiterhin prognostizierte strukturelle Defizit soll damit ab 2012 reduziert werden. Es werden auch Leistungen und vielleicht sogar Personal abgebaut werden müssen. Das sind sich die Motionäre bewusst. Sie tragen dafür die politische Verantwortung. Dies ist konsequent: Bei den Wahlen vom 31. Januar dieses Jahres haben die Adliswiler Wahlberechtigten jenen Parteien eine Mehrheit beschert, die sich für Ausgabenreduktionen stark gemacht und dies hier auch immer wieder gefordert haben.

Zum vorliegenden Antrag zur Jugendarbeit: Auf einen Punkt möchte ich eingehen: Staatliche Angebote haben immer die Tendenz, private Initiativen zu verdrängen und Anreize zur Selbstverantwortung zu reduzieren. Man kann nicht immer Zivilcourage, Bürgergesellschaft, Selbstverantwortung, Engagement usw. einfordern, wenn man gleichzeitig den Staat zu einem Wellness-Resort mit Rundumbetreuung ausbaut. Das gilt bei Jugendlichen ganz besonders. Erwartungshaltungen sind hier nicht zu fördern. Ich bitte Sie deshalb namens der Unterzeichneten, der Überweisung der GB-Motion zuzustimmen.

Simon Jacoby:

Hören wir endlich auf mit diesem naiven und blinden Marktglauben. Der Markt würde die Jugendarbeit schlicht wegrationalisieren. Die integrativen Projekte sprechen die Jugendlichen an, die von den Vereinen nicht angesprochen werden können. Es ist sehr wichtig, dass auch diese Jugendlichen integriert und präventiv betreut werden. An diesem Begegnungsort können sie ihre Anliegen einbringen, werden verstanden und unterstützt. Das Einsparen von 200'000 Franken würde das Angebot ruinieren. Die Jugendlichen brauchen diese Jugendarbeit; sie ist ein Erfolgsmodell, und nicht zuletzt darum konnten wir in Adliswil die Jugendlichen gut einbinden. Wollen wir das wirklich aufs Spiel setzen? Die SP-Fraktion wird der Überweisung der Motion nicht zustimmen.

Beschluss

Die GB-Motion von den Fraktionen FDP/EVP, FW und SVP betr. Jugendarbeit wird an den Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überweisen:

Zustimmung.

Globalbudget-Motion betr. Freizeitanlage

Die Fraktionen FDP/EVP, FW und SVP haben am 19. November 2010 folgende GB-Motion eingereicht:

„Die Schulpflege wird beauftragt, dem Gemeinderat im Hinblick auf das Budget 2012 einen Entwurf zur Änderung des Globalbudgets des Ziels 6.2 der Produktgruppe „Bildung“ vorzulegen, so dass:

1. Der Kostendeckungsgrad (6.2.4) auf 30% erhöht wird;
2. Diese Anpassung in erster Linie durch organisatorische Änderungen erreicht wird.

Begründung: Die Personalstruktur der Freizeitanlage zeichnet sich zurzeit durch Grosszügigkeit – auf Kosten der Steuerzahler – aus. Personalentscheide sind jedoch in der Kompetenz der Schulpflege. Die Motionäre sind aber der Ansicht, dass diesbezüglich Optimierungspotential vorhanden ist. Aus diesem Grund ist es möglich, durch organisatorische Änderungen den Kostendeckungsgrad zu erhöhen, ohne die Leistungen für die Kinder zu reduzieren.“

Daniel Frei, zur Begründung:

Die Freizeitanlage hat einen prima Leistungsausweis. Die Kinder können dort einen Nachmittag lang arbeiten, und das Resultat, das sie nach Hause bringen, macht allen Freude. Die Kinder sind dort auch bestens betreut, das weiss ich aus Feedbacks von mehreren Seiten. Mit einem Kostendeckungsgrad von 16 % sagen die Motionäre, dass sich die Freizeitanlage absolut unter ihrem Wert verkauft. Deshalb stellen wir den Antrag, den Kostendeckungsgrad auf mindestens 30 % zu erhöhen, was immer noch günstig ist. Es ist uns klar, dass dies auf Kosten der Eltern geht. Wenn ich aber für meinen Sohn, der von 14.00 – 18.00 h dort ist, für zehn Mal Fr. 30.-- plus Fr. 4.-- Materialkosten bezahlen muss, dann ist mir nicht wohl. Deshalb empfehlen wir, diese Motion zu überweisen.

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Auch hier werden wir Ihnen darlegen, was die Motion für Folgen hätte. Es geht um zirka Fr. 60'000.-- und wird höchstwahrscheinlich mit Entlassungen verbunden sein.

Daniel Frei:

Ein Kostendeckungsgrad von 16 %, ein günstiger Preis pro Nachmittag von Fr. 3.-- plus Materialkosten - statt mit Entlassungen zu drohen, denn das hat niemand gerne und die Arbeit, die die Leute machen ist super - könnte man vielleicht im organisatorischen Bereich einen Ansatz finden.

Barbara Häberli:

Die Freizeitangebote sollen allen Kindern an der Schule Adliswil offen stehen. Mit einer Erhöhung des Kostendeckungsgrades ist dies für tiefere Einkommensschichten nicht mehr garantiert. Zudem ist es fraglich, ob der aufgeführte Punkt 2 überhaupt motionsfähig ist, bedeutet er doch eine Einmischung in die Kompetenz der Globalbudget-Verantwortlichen, sprich der Schule. Aus diesem Grund wird die SP-Fraktion auch diese Motion nicht überweisen.

Beschluss

Die GB-Motion von den Fraktionen FDP/EVP, FW und SVP betr. Freizeitanlagen wird an den Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überweisen:

Zustimmung.

Globalbudget-Motion betr. Aufwandreduktion um 2 Millionen Franken

Die Fraktionen FDP/EVP, FW und SVP haben am 19. November 2010 folgende GB-Motion eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat im Hinblick auf das Budget 2012 Anträge zur Änderung der Globalbudgets zu unterbreiten, damit der Aufwand im Vergleich zum Antrag des Stadtrates zum Budget 2011 um zwei Millionen reduziert werden kann, wobei die Aufwandsveränderungen aufgrund anderer Globalbudget-Motionen nicht mit einzuberechnen sind.

Begründung: Die Aufwendungen der laufenden Rechnung sind in den vergangenen Jahren ständig gestiegen. Diese Entwicklung ist umzukehren. Aus diesem Grund soll der Stadtrat – auch unter Einbezug von gezielten Leistungskürzungen – dem Gemeinderat Änderungen vorlegen, die eine Aufwandreduktion von rund 2 Millionen Franken gegenüber seinem Budget-Entwurf für 2011 vorsehen. Dem Stadtrat wird dadurch Gelegenheit gegeben, einerseits eine Leistungsüberprüfung durchzuführen und andererseits auch weitere organisatorische Optimierungen vorzunehmen.“

Mario Senn, zur Begründung:

Die Globalbudget-Beträge, die Ziele der Produktgruppen und/oder die Liste der Produkte sollen so angepasst werden, dass der Aufwand um zwei Millionen Franken reduziert werden kann. Man fragt sich vielleicht, weshalb hier wiederum eine so globale Globalbudget-Motion auf dem Tisch liegt. Schliesslich haben wir jetzt ja Globalbudgets und der Gemeinderat soll sagen, wo gespart werden soll. Das Problem dabei ist aber: Wir wissen noch immer nicht genau, welche Leistungen die Stadt überhaupt erbringt und wie viel sie kosten. Dieser Leistungskatalog fehlt nach wie vor. So können wir eben nicht sagen, wo gespart werden soll. Stadtrat und Schule sollen uns sagen, auf was verzichtet werden müsste, um die zwei Millionen einzusparen. Dann können wir aus dem Parlament sagen, wo gespart werden soll. Wir hoffen, die Exekutive nutzt diese Globalbudget-Motion, um einerseits eine Leistungsüberprüfung durchzuführen und andererseits auch weitere organisatorische Optimierungen vorzunehmen. Ich bitte Sie um Zustimmung zur GB-Motion.

Stadtpräsident Harald Huber:

Der Stadtrat ist bereit, diese Motion entgegenzunehmen.

Gabi Barco:

Wir konnten es gestern im Sihltaler lesen: Da FDP/EVP, Freie Wähler und SVP eine Mehrheit hätten, sei davon auszugehen, dass die Motionen überwiesen würden. Auf nationaler Ebene beklagt sich die wählerstärkste bürgerliche Partei über die mehrheitsfähigen Mitte-Links-Koalitionen im Nationalrat. Dieses Problem haben die bürgerlichen Parteien in Adliswil zurzeit weiss Gott nicht. Das Gegenteil prägt die Adliswiler Politik. Bei uns werden seit längerem Mehrheiten gebildet, welche einer Mitte-Links-Politik praktisch keinen Raum mehr lassen. Nicht einmal mehr das Gespräch oder konstruktive Debatten werden gesucht. Man stellt uns einfach vor vollendete Tatsachen. Dies obwohl die Schweiz mit ihrer Parteienvielfalt und Konsenspolitik vom Ausland als erfolgreiches Modell bezeichnet wird. Diese Erfolgsgeschichte basiert aber auf gemeinsam erarbeiteten Lösungen, welche auch ausgewogener und von daher nachhaltiger sind.

Wie dem Überblick zum Budget 2011 auf Seite 1, aber auch dem Finanzplan 2010 – 2014 zu entnehmen ist, rechnet der Stadtrat ab dem Jahr 2012 aufgrund des neuen Finanzausgleichs mit einer Entlastung des städtischen Haushaltes. Im Weiteren zeigt sich der Stadtrat zuversichtlich, dass mit der Ansiedlung der neuen Einwohner in den Entwick-

lungsgebieten Lebern-Dietlimoos sogar ein ausgeglichenes Ergebnis präsentiert werden kann. Nichtsdestotrotz verlangen nun die Motionäre im Hinblick auf das Budget 2012 Sparmassnahmen im Umfang von 2 Millionen Franken. Dies insbesondere auch unter Einbezug von gezielten Leistungskürzungen - m. E. ein Widerspruch zu Globalbudgets, denn das Parlament bestimmt Leistungsziele. Einmal mehr soll es die Adliswiler Bevölkerung treffen. Es ist noch nicht lange her, als unter dem Vorwand des Spardruckes versucht wurde, auf dem Buckel der Einkommensschwächsten einschneidende Massnahmen zu treffen, nämlich die Abschaffung der finanziellen Beihilfen für die AHV-IV-Rentenbezüger. Das Volk hat bekanntlich an der Urne anders entschieden. Mit der Überweisung dieser Motion wird dem Stadtrat ein Freipass für Leistungskürzungen erteilt, welchen jeder Exekutivpolitiker mit Handkuss entgegennimmt. Damit lassen sich die Aufwendungen in den einzelnen Ressorts ohne grossen Kraftaufwand bei nicht gesetzlich zwingend verankerten Leistungen problemlos und ohne weitere Begründung reduzieren. Man kann sich dabei immer auf den parlamentarischen Auftrag stützen. Dazu braucht es keine grösseren ernsthaften, zielorientierten und kreativen Auseinandersetzungen für angemessenere Sparmassnahmen. Machen Sie es der Verwaltung nicht zu einfach. Auch wir von der SP sind der Meinung, dass in der Adliswiler Verwaltung genügend Sparpotential vorhanden ist, aber ohne Leistungskürzungen oder Aufschub von nötigen Investitionen.

Beispiele

Sparpotential durch die Behebung von strukturellen Defiziten: Z. B. die Integration der Schule in die Stadtverwaltung wird von der Stadt bekanntlich vorangetrieben und wird in dieser Legislatur bereits Realität werden. Dies wird mit Sicherheit ein grosser Spareffekt bewirken (z. B. die Zusammenlegung der beiden Liegenschaftenverwaltungen).

Sparpotential bei Dienstleistungen Dritter: Obwohl vielen von uns durch die Kommissionsarbeiten bekannt ist, dass hohe Honorarforderungen für Dienstleistungen von Dritten von der Verwaltung teilweise ohne vorhandene Verträge oder Vereinbarungen bezahlt wurden und damit der Eindruck entstehen konnte, dass kein Interesse an optimalen Vertragsverhandlungen besteht, wurden unsererseits diesbezüglich keine weiteren konkreten Schritte eingeleitet. Durch bessere Vertragsverhandlung liesse sich m. E. einiges einsparen. Denken wir nur an den PC-Support, wir wissen, was da für Leistungen ohne vertragliche Grundlagen erbracht wurden, man hat einfach bezahlt. Weiter sind die Aufwendungen für externe Beratungsmandate und Gutachtertätigkeiten nach wie vor immens. Sofern die Fachkompetenzen in house vorliegen, kann auch erwartet werden, dass die Verwaltungsaufgaben durch die entsprechenden Personen erledigt werden. An gut qualifiziertem Personal in der Stadtverwaltung mangelt es nicht. Einsparungen in diesem Bereich sind m. E. absolut machbar. Dazu braucht es aber auch den entsprechenden Willen der Verantwortlichen. Dienstleistungen Dritter sind Posten über 7,5 Mio. Franken.

Ich bitte Sie, Ihren Entscheid nochmals zu überdenken und die Motion in der uns vorliegenden Ausgestaltung nicht zu überweisen. Mindestens bitte ich Sie, die Möglichkeit der Leistungskürzung aus vorerwähnten Gründen aus dem Text zu streichen. Sparpotential ohne Leistungskürzungen oder Verzicht auf dringend benötigte Investitionen liegt noch genügend vor. Dabei steht für einmal Adliswil nicht als Wirtschaftsstandort im Vordergrund, sondern Adliswil als Stadt, welche für Wohn- und Lebensqualität einsteht. Die Bevölkerung würde es Ihnen danken.

Beschluss

Die GB-Motion von den Fraktionen FDP/EVP, FW und SVP betr. Aufwandreduktion um 2 Mio. Franken wird an den Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überweisen: Überweisung mit 21 : 12 Stimmen.

Globalbudget-Motion betr. Entwicklungshilfe

Die Fraktionen FDP/EVP, FW und SVP haben am 19. November 2010 folgende GB-Motion eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat im Hinblick auf das Budget 2012 einen Entwurf zur Änderung des Globalbudgets vorzulegen, so dass die Stadt Adliswil keine Entwicklungshilfe mehr leistet.

Begründung: Die Leistung von Entwicklungshilfe ist weder eine Kernkompetenz der Stadt Adliswil noch besteht ein gesetzlicher Auftrag hierzu. Die Adliswiler Steuerzahler finanzieren bereits Entwicklungshilfe durch die Zahlung der Bundessteuern, der Mehrwertsteuer sowie der Kirchensteuer. Ausserdem unterstützen unzählige Adliswiler privat und freiwillig Entwicklungsprojekte im In- und Ausland. Die Stadt Adliswil soll sich auf ihren Kernauftrag – die Dienstleistungserbringung zu Gunsten ihrer Einwohner – konzentrieren. Aus diesem Grund ist die Entwicklungshilfe schnellstmöglich einzustellen.“

Fredi Morf, zur Begründung:

Ich bin von den Adliswiler Steuerzahlenden gewählt worden, um Adliswil Sorge zu tragen. Wir haben auch in Adliswil Armut, ein paar Hundert können die Krankenkasse nicht mehr selber bezahlen. Leistung von Entwicklungshilfe ist weder eine Kernkompetenz noch besteht ein gesetzlicher Auftrag dazu. Deshalb ist diese zusätzliche Entwicklungshilfe einzustellen.

Nicole Kappeler:

Gerade eben aus fünf Wochen Entwicklungshilfe und Projektbegleitung zurück aus Argentinien, musste ich mit Entsetzen und Enttäuschung feststellen, mit welchen Sparvorschlägen die bürgerlichen Ratsmitglieder neuerdings auffahren. Grundsätzlich bin ich für den Spargedanken. Dass dabei jedoch auf Kosten der Kinder, Jugendlichen, Familien, bei der Bildung und in Entwicklungshilfeprojekten gespart werden soll, stimmt mich wütend und traurig. Mehr noch: Dies zeugt von einer grossen Feigheit, auf Kosten jener sparen zu wollen, welche nicht im Stande sind, sich zu wehren. Jeder weiss, dass die Zitrone bereits ausgepresst ist und nun an die harten Brocken, welche effektiv Schmerzen bereiten, gedacht werden muss, wenn man sparen will. Nur möchte niemand verantwortlich sein, Infrastrukturen zu reduzieren, auf Personal zu verzichten. Lieber schraubt man an läppischen Beträgen, welche vor allem für unser soziales Zusammenleben wichtig sind. Mit viel Stolz bin ich in Adliswil angekommen, mit vielen Erlebnissen, welche unsere Stadt in einem so schönen, lobenswerten und wertschätzenden Bild darstellen.

Vor 20 Jahren wurde in St. Elena Argentinien - damals mit 90`000 Franken der gemeinsamen Entwicklungshilfe der Stadt Adliswil und der ref. und kath. Kirche - die Schule Adliswil, Escuela de Adliswil, gebaut. Eben nicht, wie in der Zeitung fälschlicherweise er-

wähnt, ein Projekt der Katholischen Kirche, sondern ein Gemeinschaftsprojekt der drei Parteien, die eine langjährige Tradition pflegen. In vier Schulzimmern konnten zu Beginn 250 Kinder der ärmsten Familien die Schule besuchen. Heute sind es bereits 450 Kinder, welche auch jeden Tag eine warme Mahlzeit erhalten. Seit zwanzig Jahren kämpft diese Schule ums Überleben, da die 5 Peso Schulgeld - 1 Franken - nicht von allen bezahlt werden kann und leider auch regelmässig eingebrochen und das Schulmaterial entwendet wird. Bereits kommt die zweite Generation in diese Schule. Eltern, welche selbst die Schule Adliswil besucht haben, sind von dieser begeistert. Hier werden auch christliche Werte und Sozialkompetenz vermittelt, was für das schwierige Leben dieser Leute in Armut sehr wichtig ist. Dieses Jahr wurde das 20-Jahr-Jubiläum gefeiert und den Kindern einmal mehr erzählt, warum die Schule den Namen Adliswil trägt, wo Adliswil liegt und dass wir eine andere Sprache sprechen. Die Schüler haben dazu eine Dokumentation mit der ganzen Geschichte zusammengestellt. Ich war einfach unendlich glücklich und stolz auf meine Stadt Adliswil, denn unzähligen Menschen konnten wir mit diesem Projekt eine bessere Zukunft ermöglichen. Wichtig ist, dass Entwicklungsgeld für nachhaltige Projekte eingesetzt wird und von jemandem begleitet wird, damit das Geld richtig eingesetzt wird. Solche Projekte machen das Leben lebenswert. Ebenso beugt es einer Abwanderung von schlecht gebildeten Menschen vor, weil diese die nötige Hilfe bereits in ihrem Land bekommen. Ich möchte in einer Stadt leben, in der Fortschritt, Menschlichkeit und soziales Miteinander wieder vermehrt gross geschrieben wird und nicht Wohlstand, Geldgier und Egoismus dominieren. Dies sage ich aufgrund diverser Rückmeldungen aus der Bevölkerung. Eigentlich muss ich den Motionären recht geben: Wir werden in Zukunft noch einiges mehr an finanziellen Mitteln benötigen, um unsere eigene Wohlstandsarmut, ausgelöst durch einen enormen Egoismus, bezahlen zu können.

Was nützen uns Legislaturziele wie attraktives Zentrum, gute Infrastruktur für Bildung, Stadtentwicklung, eine topp Infrastruktur, wenn ein Zusammenleben, welches eine Stadt ausmacht, nicht mehr möglich ist, und sich die Bevölkerung nicht mehr wohl fühlt, weil wir zum sozialen Ghetto verkommen. Wenn nur noch Geld regiert und Herz und Verstand ausgeschaltet werden, können wir Schweizer, wir Adliswiler dann noch stolz sein? Dann können wir Entwicklungshilfe definitiv in der eigenen Stadt betreiben. Vielleicht hat doch der eine oder andere den Mut, der Überweisung der Motion nicht zuzustimmen.

Gabi Barco:

Die Stadt Adliswil, die Evangelisch-Reformierte und die Römisch-Katholische Kirchgemeinde unterstützen seit Jahrzehnten gemeinsam diverse Entwicklungsprojekte im Ausland. Mittels einer schriftlichen Absichtserklärung bekunden die erwähnten Gemeinden ihren Willen, die entsprechenden Kredite in ihren Jahresbudgets koordiniert für Projekte der gemeinsamen Entwicklungszusammenarbeit Adliswil einzusetzen. Dem Sihltaler hat man gestern entnehmen können, dass ein Entwicklungsprojekt in Mosambik realisiert worden ist. Die nun vorhandene Infrastruktur - Schulhaus, Häuser für Lehrer - ermöglichen nun auch den Schulbesuch für Kinder in der Region Dombe. Weiter erfahren wir, dass auch in Argentinien ein Entwicklungsprojekt mit tatkräftiger Hilfe von Adliswiler Jugendlichen realisiert worden sei. Für 2011 haben sich die Stadt Adliswil und die beiden Kirchgemeinden für ein Engagement in Chile entschieden. Unterstützt werden sollen Organisationen, die sich insbesondere der Probleme der indigenen Bevölkerung, einer in Chile offenbar benachteiligten Bevölkerungsgruppe - Ureinwohner -, annehmen. Dabei

geht es um soziale Beratung, technische Schulung, Aufbau von Gewächshäusern, Heilkräuteranbau etc.

Diese bis anhin äusserst erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit soll nun gemäss den Motionären seitens der Stadt Adliswil aus Spargründen per 2012 aufgekündigt werden. Die Unterstützung der Entwicklungsprojekte kosten die Stadt Adliswil gerade mal jährlich wiederkehrende 40'000 Franken bei einem Gesamtbudget von rund 132,5 Millionen Franken. Das ist lächerlich und ein Affront für all diejenigen, die sich zusätzlich noch in Freiwilligenarbeit für diese Projekte engagiert haben, und zwar für Projekte, welche auch wirklich und erfolgreich realisiert wurden. Das ist eine erfreuliche Geschichte zum Thema Entwicklungshilfe. Adliswil kann und soll sich dieses finanzielle Engagement weiterhin leisten. Dies insbesondere auch im Hinblick darauf, weiterhin als fairen und zuverlässigen Projektpartner zu gelten. Man lässt seine Partner nicht einfach so im Stich. Schon gar nicht Partner, die finanziell auch nicht mehr so auf Rosen gebettet sind. Das macht man einfach nicht. Lassen Sie Vernunft walten und folgen Sie Ihrem gutmütigen Herz und verzichten Sie auf die Überweisung dieser herzlosen Motion.

Ueli Gräflein:

Auch wir von den Grünen sind fürs Sparen, aber nicht auf dem Buckel der Schwächsten. Die gemeinsame Entwicklungshilfe der Stadt Adliswil und der evangelischen und katholischen Kirche hat eine langjährige Tradition. Vor kurzer Zeit wurde der Betrag sogar von 30'000 auf 40'000 Franken erhöht. Nun soll der ganze Betrag gestrichen werden. 40'000 Franken sind 0,3 Promille des fürs 2011 budgetierten Aufwandes von 132 Mio. Franken. Für die Entsorgung von illegalem Abfall von unserer Überflusgesellschaft wird bedeutend mehr ausgegeben. Im Lokalblatt wird über die Legislaturziele 2010 - 2014 berichtet, und da soll es nebst attraktivem Zentrum und Busbahnhof nicht mehr für 40'000 Franken Entwicklungshilfe reichen. Mit gezielter Entwicklungshilfe können die vielerorts unerwünschten Flüchtlingsströme vielleicht eingedämmt werden.

Franco Rossi:

Zu den 40'000 Franken der Stadt Adliswil kommen noch je 40'000 Franken von der reformierten und der katholischen Kirche von unseren Steuern, also geht es um total 120'000 Franken. Wenn man hier von gelungenen Projekten berichtet, sollen auch die andern erwähnt werden, nämlich, dass man drei Jahre eine Graströcknungsanlage in einer christlichen Enklave finanziert hat, die dann angezündet wurde.

Gabi Barco:

Ich habe gesagt, dass wir über unsere 40'000 Franken sprechen, und dass es eine Zusammenarbeit mit den beiden Kirchgemeinden gebe, die auch je 40'000 Franken bereit stellen. 80'000 Franken werden also nur von Kirchensteuern bezahlt, nicht von allen Steuerzahlenden. Wenn man von Steuergeldern spricht, sollte man das nicht vermischen. Es geht um 40'000 Franken pro Jahr, die die Stadt Adliswil leistet.

Renato Günthardt:

Offenbar wollen jetzt plötzlich alle sparen: CVP, SP und Grüne, aber die Vorstösse der bürgerlichen Parteien sind natürlich alle falsch, weil man bei den Linken gar nicht sparen will. Liebe Gabi, es tut mir wirklich leid, dass die wählerstärkste Partei der Schweiz hier in

Adliswil nicht zusammen mit der SP Anträge auf Mehrausgaben einreicht. Nein, wir sind froh, mit unseren bürgerlichen Partnern einen Beitrag für eine bessere finanzielle Zukunft unserer Stadt zu leisten.

Beschluss

Die GB-Motion von den Fraktionen FDP/EVP, FW und SVP betr. Entwicklungshilfe wird an den Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überweisen:

Überweisung mit 18 : 15 Stimmen.

Globalbudget-Motion betr. Betreutes Wohnen

Die Fraktionen FDP/EVP, FW und SVP haben am 18. November 2010 folgende GB-Motion eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat im Hinblick auf das Budget 2012 einen Entwurf zur Änderung des Globalbudgets der Produktgruppe Soziale Aufgaben vorzulegen, so dass die Nettokosten für Betreutes Wohnen Franken 0.– betragen.

Begründung: Im Budget 2011 werden Nettokosten in der Höhe von Fr. 984'105.– für „Betreutes Wohnen“ budgetiert. Ein Defizit muss nicht sein: Es gibt Alters- und Pflegeheime, die kostendeckend betrieben werden. Die Direktion der Justiz und des Innern geht davon aus, dass Gemeindebetriebe dem Grundsatz der Eigenwirtschaftlichkeit unterworfen sind und eine regelmässige Defizitdeckung die Ausnahme darstellt. Diesem Grundsatz soll auch Adliswil folgen und die systemwidrige Objektsubventionierung aufgeben.“

Daniel Frei, zur Begründung:

In anderen Gemeinden ist betreutes Wohnen kostendeckend. Es ist uns bewusst, dass es nicht ganz ohne Kosten geht. Die neue Pflegefinanzierung soll mehr Transparenz schaffen und wenn möglich, allfällige Quersubventionierungen beseitigen. Es sollte auch ein Wechsel von der aktuellen Objekt- zur Subjektfinanzierung geprüft werden. Selbstverständlich muss das Resultat so sein, dass die Gesamtausgaben sinken, ohne Leistungskürzung. Deshalb bitten die Motionäre um Überweisung dieser GB-Motion.

Stadträtin Susy Senn:

Wir nehmen die Motion entgegen und werden entsprechend Bericht erstatten.

Rita Schmid:

Es ist sehr speziell, welche Inhalte in den GB-Motionen stehen. Bevor man irgend ein Modell technokratisch umsetzt, nur weil es irgendwo heisst, es gebe Alters- und Pflegeheime, die kostendeckend seien, und dass die Direktion der Justiz und des Innern davon ausgehe, dass Gemeindebetriebe dem Grundsatz der Eigenwirtschaftlichkeit unterworfen seien, lohnt sich ein genaues Hinterfragen. Es gibt sicher Alters- und Pflegeheime, z. B. an der Goldküste, die ein Klientel haben, das die Leistungen, die nicht gesetzlich sind, bezahlen kann. Bei uns geht es - so nehme ich an - darum, dass auch die Armen noch irgendetwas über dem gesetzlichen Minimum erhalten. Wenn man solche abstrakten In-

strumente hat, muss man sich gut überlegen, welches die Auswirkungen sind und ob sie im liberalen Sinne eigenverantwortlich sind. Dies heisst: Das Ganze sehen und die Auswirkungen berücksichtigen. Der Preis der Freiheit ist Freiwilligkeit. Wenn Sie mit diesen abstrakten Instrumenten verantwortungsvoll umgehen können, dann können Sie wirklich steuern. Wenn Sie nicht verantwortungsvoll umgehen, dann nehme ich an, dass die Wählerinnen und Wähler das irgendwann quittieren werden.

Ueli Gräflein:

Auch wir von der Grünen Fraktion schütteln den Kopf zu dieser GB-Motion und können nicht nachvollziehen, weshalb man diese Positionen streichen will. Man geht auf die Schwächsten los, die sich nicht wehren können. Wieso wird nicht bei anderen Positionen gespart, z. B. beim Wasser- und Stromverbrauch bei den städtischen Liegenschaften - ich weiss, dass hier noch ein grosses Potenzial wäre - oder bei der Gebührenerhöhung bei der Entsorgungsstelle Tüfi oder dass für Gewerbebetreibende keine Sponsoren gesprochen werden oder bei der Aufrechterhaltung des ziemlich nutzlosen Schiessplatzes Büel. Die Produktegruppe Soziale Aufgaben, das Produkt „Betreutes Wohnen“ hat hingegen klare soziale Aufgaben zu erfüllen, und zwar Dienstleistungserbringung zur Sicherung von existenzbedürftigen Personen. Sie fördert ihre wirtschaftliche und persönliche Selbstständigkeit sowie die soziale und berufliche Integration. Dieses Ressort erbringt ausserdem verschiedene soziale Dienstleistungen zur sozialen Absicherung der Bevölkerung und bietet Unterkunft, Betreuung und Pflege für Betagte. Es könnte auch einmal der Zeitpunkt kommen, wo auch die bürgerlichen Parteien ans Alter denken müssen.

Beschluss

Die GB-Motion von den Fraktionen FDP/EVP, FW und SVP betr. Betreutes Wohnen wird an den Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überweisen:

Überweisung mit 22 : 12 Stimmen.

Stadtpräsident Harald Huber:

Wir haben jetzt die ersten GB-Motionen erhalten. Gemäss unserem gemeinsamen Vertrag haben wir für die Antwort und Antragstellung zwei Monate Zeit. Das wird bis zum 8.2.11 passieren, so dass in der März Sitzung wieder darüber beraten werden kann und diese allenfalls erheblich erklärt werden können.

9. Öffentliche Ordnung

Interpellation von Sait Acar und vier Mitunterzeichneten betr. öffentliche Ordnung, Begründung

Sait Acar und vier Mitunterzeichnete haben am 4. November 2010 folgende Interpellationen eingereicht:

„Immer wieder wird in den hiesigen Medien das Thema der öffentlichen Ordnung thematisiert. Namentlich hat die Situation beim Flaschencontainer bei der Wachtbrücke immer wieder zu Diskussionen geführt. Haufenweise leere Glas- und Bierflaschen, Plastiksäcke und leere Dosen lagen dort herum. Dieser Zustand war auch auf den überfüllten Container zurückzuführen. Auch im Gemeinderat wurde die Problematik bezüglich der öffentlichen Ordnung bereits mehrfach angesprochen. Die Situation konnte bisher noch nicht zur Zufriedenheit gelöst werden, auch wenn in gewissen Bereichen Fortschritte erzielt wurden. Mit einem guten Abfallkonzept kann verhindert werden, dass die Adliswilerinnen und Adliswiler überfüllte Container und öffentliche Abfalleimer antreffen. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung misst sich nach der Meinung der Interpellanten insbesondere auch an der Sauberkeit.

Wir bitten den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Problematik bezüglich der öffentlichen Ordnung auf dem Adliswiler Stadtgebiet im Allgemeinen und bezüglich der Situation rund um den Flaschencontainer bei der Wachtbrücke im Besonderen?
2. Wie ist die Situation aktuell? Sind Verbesserungen zu verzeichnen?
3. Welche Massnahmen plant der Stadtrat, um eine ähnliche Situation mit überfüllten Containern zu vermeiden?
4. Plant der Stadtrat, vermehrt Abfalleimer auf dem Adliswiler Stadtgebiet und insbesondere beim Flaschencontainer bei der Wachtbrücke anzubringen?
5. Plant der Stadtrat vermehrt, Petsammelstellen auf dem Adliswiler Stadtgebiet einzurichten?
6. Teilt der Stadtrat die Auffassung der Interpellanten, dass mit einer guten öffentlichen Ordnung das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erhöht wird?
7. Werden die Adliswiler Schülerinnen und Schüler in der Schule auf die Abfallproblematik sensibilisiert? Gibt es dazu ein Konzept?
8. Wie handhabt der Stadtrat die Ressort übergreifende Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Ordnung?“

Sait Acar, zur Begründung:

Der Gemeinderat hat schon öfters über die öffentliche Sicherheit und Littering beraten. Diese Themen wurden zu unserem Bedauern bisher nicht im Kontext gesehen, weshalb wir uns zur vorliegenden Interpellation entschieden haben. Zwar hat sich die Situation bei der Wachtbrücke nach unseren Beobachtungen gebessert, aber sie ist noch nicht zur Zufriedenheit gelöst worden, auch wenn in gewissen Bereichen Fortschritte erzielt wurden. Es gibt nach wie vor zu wenig Container, zu wenig Controlling, zu wenige Entleerungen, keine notwendigen Container für Abfallsäcke, Petflaschen und Karton - um nur einige zu nennen.

Vor 21 Jahren kam ich in der Schweiz. Ich war begeistert, wie sauber und ordentlich die Schweiz und vor allem Adliswil war. In den letzten 20 Jahren hat sich jedoch viel verändert, und das leider nicht zum Positiven. Vielleicht liegt es am Abfallkonzept, das noch nicht optimal ist. Es kann aber auch sein, dass dieses nicht an die stetig steigende Bevölkerungszahl angepasst wurde. Wir sind sicher, dass man die Situation rund um den Flaschencontainer bei der Wachtbrücke mit einem guten Abfallkonzept verbessern könnte. Der Stadtrat könnte beispielsweise eine Hotline einrichten, auf welcher sich die Bevölkerung melden könnte, sobald der Abfallcontainer überquillt. So könnte ein Abfalltaxi oder die zuständige Behörde den Unrat unverzüglich wegräumen. Auch sollten die Kinder bzw. Schülerinnen und Schüler auf die Problematik der Abfallentsorgung sensibilisiert werden, und das so früh wie möglich. Wenn man ein sauberes und sicheres Adliswil will, muss man bestimmte Massnahmen treffen und diese auch umsetzen.

Schluss der Sitzung: 23.15 Uhr

Für die Richtigkeit:

Ida Hofstetter, Ratssekretärin